Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Richard Nitsch, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Harbaum, Magdeburg. Druck von Franz Ketzge, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Fernsprecher 1567. Redaktion: Gr. Münzstraße 3. Fernsprecher 961.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährl. (inkl. Bringerlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pfg. Per Kreuzband in Deutschland monatl. 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährl. 2 Mk., monatl. 70 Pfg. Bei den Postanstalten 2.25 exkl. Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pfg., Sonntags- und Alter Nummern 10 Pfg. — Insertionsgebühr die sechsgespaltene Petitzeile 15 Pfg. Post-Zeitungsliste Nr. 8165

Nr. 195. **Magdeburg, Sonnabend den 22. August 1903.** **14. Jahrgang.**

Sozialismus und Landwirtschaft.

VII.

Schlußwort.

Die Anschauungen, die David in seinem Schlußkapitel über die allgemeinen Prinzipien der landwirtschaftlichen Produktionsentwicklung niedergelegt hat, werden zum Teil auch bei denjenigen Widerspruch erfahren, die im allgemeinen geneigt sind, den vorher entwickelten Ansichten zuzustimmen. War die Beweisführung in den früheren Teilen des Buches zwingend, so kann man das vom letzten Kapitel doch nicht sagen. Die Entwicklung kann sich gewiß in der geschilderten Weise vollziehen, aber sie muß es nicht. Es sind auch andre Entwicklungsmöglichkeiten denkbar.

Was das Davidsche Buch in einwandfreier Weise nachgewiesen hat, das ist das folgende:

1. **Oekonomische und technische Gründe verhindern eine gleiche Konzentration der Betriebe in der Landwirtschaft wie in der Industrie.**
2. Der Großbetrieb ist nicht nur unfähig, den Kleinbetrieb in der Landwirtschaft zu verdrängen; auf **vielen Gebieten stellt vielmehr der Kleinbetrieb die technisch und ökonomisch rationellste Form dar und das um so mehr, je intensiver die Kulturmethoden sind.**

Der Sozialismus muß sich mit diesen Ergebnissen abfinden, die es unmöglich machen, die alte Auffassung über die Uebereinstimmung industrieller und agrarischer Entwicklung aufrechtzuerhalten. David hat sich das Verdienst erworben, nachdrücklichst auf die Organisationen hinzuweisen, die geeignet sind, auch die bäuerliche Bevölkerung für den Sozialismus zu gewinnen: die genossenschaftlichen Organisationen der Arbeiter und der Bauern. Auf all den Gebieten, wo der Kleinbetrieb die höhere Form darstellt, kann er dieses nur durch Angliederung an die Genossenschaft, in der wir sozialistische Elemente im Keime enthalten sehen. Aber — und darin trennen wir uns von David — es gibt auch noch Gebiete in der landwirtschaftlichen Produktion, die dem Großbetrieb so prächtige Chancen bieten, daß für sie keine Schaffung von kleinen Betrieben aus produktionstechnischen Gründen notwendig ist. David gibt zwar selbst zu, daß auf dem Gebiete des Körnerbaus und der Viehzucht der Großbetrieb wirtschaftlich und technisch berechtigt ist, aber im Schlußkapitel ist das nicht genügend berücksichtigt, woraus sich seine Forderung der Zerschlagung der Großgüter zu Bauerngütern ergibt. Hier muß wohl die Einschaltung gemacht werden: soweit die ökonomische und technische Notwendigkeit dieses erfordert. Wir sind der Meinung, daß auch in West-Europa noch auf lange Zeit landwirtschaftliche Großbetriebe mit Vorteil betrieben werden können, wenn auch ihre Zahl beständig abnehmen wird.

Der Nachweis, daß der Kleinbetrieb um so mehr an Boden gewinnt, je intensiver die Betriebsformen sind, hat David erbracht. Damit ist aber noch nicht gesagt, daß die gesamte, westeuropäische Landwirtschaft zu dieser Intensivitätsstufe übergehen wird. Das hängt neben klimatischen Bedingungen, Bodenbeschaffenheit usw. vor allem davon ab, ob die Entwicklung zum Industriestaat bei den westeuropäischen Staaten in der bisherigen Weise und ob die Agrarkrise ungeschwächt fortdauern wird. Das ist bekanntlich ein viel diskutiertes Thema, welches an diesem Orte und bei dieser Gelegenheit auch nicht annähernd erschöpfend behandelt werden kann.

Unter den namhaftesten Agronomen bestehen zum Beispiel Zweifel über die Dauer der überseeischen Lebensmittelkonkurrenz. Professor Sering, der an Ort und Stelle eingehende Studien gemacht hat, glaubt, in einem Menschenalter sei ihr Ende gekommen, andre wieder halten es für unmöglich, ihr Ende abzusehen. Trifft die Anschauung Serings zu, so hat natürlich der westeuropäische Getreidebau Aussicht, mit normaler Intensität Getreide zu lohnenden Preisen zu bauen und der Großbetrieb hat die Möglichkeit seiner Erhaltung wiedergewonnen.

Es ist auch dann, wenn die Agrarkrisis anhält, kaum anzunehmen, daß der Bau von Brotgetreide ganz den außereuropäischen Staaten anheimfällt. Schon deshalb nicht, weil diese Staaten jetzt ebenfalls Industrien entwickeln und im Verlaufe der Entwicklung wohl noch in der Lage sein werden, uns Getreide zu verkaufen, aber keinen Bedarf für die Industrieartikel mehr haben werden, mit denen wir das eingeführte Getreide bezahlen müssen. Dazu kommen die Schwierigkeiten, die bezüglich des Absatzes dieser Produkte intensiver Kulturen entstehen können. Kurz, diese ganzen Zukunftsaussichten sind ziemlich problematisch. Sie führen uns mitten hinein in den Komplex von Problemen, die sich an die heutige „Weltpolitik" anknüpfen und lassen viele Möglichkeiten offen, die wir heute nicht zu ahnen vermögen.

Das eine muß aber David zugegeben werden: die heute festzustellenden Entwicklungstendenzen unterstützen seine Anschauungen. Und darauf kommt es doch schließlich an. Aber daraus kann man nicht den Schluß ziehen, daß die Zukunft nur den landwirtschaftlichen Kleinbetrieben gehört. Das wäre ebenso irrig als die andre Anschauung, die nur dem Großbetriebe für die Zukunft Lebensfähigkeit zusprechen will. Allem Anscheine nach vollziehen sich die Dinge nicht so einfach, wir haben eine komplizierte Zukunft vor uns, die Groß- und Kleinbetriebe nebeneinander bestehen läßt. Das letztere gibt auch Kautsky zu. Damit erhebt sich aber auch die Frage, wie diese Kleinbetriebe, die nicht eine volkswirtschaftliche Abnormität, sondern ein Produkt organischer Entwicklung darstellen, in das System des Sozialismus einzugliedern sind. Dazu ist die Davidsche Theorie viel besser geeignet als die Auffassung Kautskys, der durch eine gekünstelte Konstruktion erreichen will, was sich bei David in einfacher, natürlicher Weise aus der Betriebsform selbst heraus entwickelt.

Ob nun aber die Alternativen Kautskys oder Davids von der Zukunft der landwirtschaftlichen Entwicklung ihre Erfüllung finden, in beiden Fällen hat die Sozialdemokratie alle Ursache, sich eingehend mit der Agrarfrage zu beschäftigen. Kautsky erwartet bekanntlich eine stete Umbildung der heutigen Kulturstaaten zu Industriestaaten, wodurch schließlich die industrielle Bevölkerung dermaßen das Uebergewicht erlangt, daß sie die Macht auch ohne Mithilfe der bäuerlichen Bevölkerung erlangen kann. Daher will Kautsky die Bauern bloß „neutralisieren", ihre Bekehrung zum Sozialismus soll dann unter dem Einfluß des guten Beispiels der vergesellschafteten Großbetriebe vor sich gehen. Die Prognose Kautskys kann sich aber nur verwirklichen, wenn alle die Momente in besonderem Maße in Erscheinung treten, welche die Lebensfähigkeit des Bauerntums begünstigen (Ausdehnung des Marktes für hochwertige Erzeugnisse und Uebergang zu intensiven Kulturen). Daraus ergibt sich: Entweder: Kautsky behält recht mit seiner Ansicht, daß der Großbetrieb auf dem entscheidenden Gebiet der Landwirtschaft triumphiert, dann setzt dieses ein Verlangsamen der Entwicklung zum Industriestaat voraus; oder: wir entwickeln uns weiter zum Industriestaat, dann wird der Gang der wirtschaftlichen Entwicklung sich den Anschauungen Davids nähern. In beiden Fällen muß die Sozialdemokratie die Bauern gewinnen, um die politische Macht zu erlangen.

Damit ergibt sich für uns aufs neue ein Beweis für die Wichtigkeit, welche die Agrarfrage für die Sozialdemokratie hat. David hat ein verdienstvolles Werk getan, als er die Debatte über dieselbe in einer so zwingenden Weise aufrollte; ein ungleich größeres Verdienst aber hat er sich erworben durch die Angabe des Weges, der uns zum Ziele führen kann: Zur Vereinigung der Tatsachen der Agrarentwicklung mit den Anschauungen des wissenschaftlichen Sozialismus.

mr.

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 21. August 1903.

Die Kaiser-Insel.

Die „Nordd. Allg. Ztg." und die übrigen bürgerlichen Blätter, welche den Plan von dem kaiserlichen Schloß auf Pichelswerder als ein Ergebnis der Hundstagsphantasie des „Vorw." darstellten, sind bereits gründlich hereingefallen. Natürlich gehörte auch die „Magd. Ztg." zu denen, welche die ganze Angelegenheit als eine boshafte Erfindung der Sozialdemokratie hinzustellen suchten. Allen Beteiligten sei daher das folgende mitgeteilt:

> Der „Vorw." nennt heute als **Gewährsmänner** für die Mitteilung über die angeblich geplante Errichtung eines kaiserlichen Schlosses auf der Insel Pichelswerder den **Hofmarschall des Kaisers v. Trotha** und den Architekten **Bodo Ebhardt**, von dem bekanntlich die Pläne für die **Wiederherstellung der Hohkönigsburg** stammen.

Recht amüsant ist, daß die „Nordd. Allg. Ztg." und andre Blätter diese beiden Herren schwer beleidigt haben. Einen Hofmarschall zu beleidigen — das grenzt natürlich an Majestätsbeleidigung. Die „Nordd. Allg. Ztg.", das offiziöse Blatt, nannte den Plan bekanntlich phantastisch. Die von den Gewährsmännern des „Vorwärts" unterstützte Idee mit ihren Einzelheiten streife — so meint ferner die „Norddeutsche" — „an Aberwitz". Maßgebenden Ortes, so meinte das Blatt weiter, finde man die ganze „Hundstagsgeschichte" — „lächerlich".

Armer Trotha! Armer Ebhardt!

Das „Berl. Tagebl." schrieb, nachdem es die Nennung von Namen verlangt hatte:

> „Der „Vorwärts" hat den „Beweis" für seine Behauptung in Händen, wie die Pariser Ehren-Therese; doch gleich dieser ehrenwerten Person gibt sie der „Vorwärts" nicht heraus. Das ist unter Umständen ganz praktisch. Aber das hindert die andern nicht, unausgesetzt an den „Vorwärts" die Aufforderung zu richten, doch endlich mit seinen dokumentarischen Beweismaterialien herauszurücken, statt allerhand diplomatisierende Winkelzüge zu machen. Derlei schickt sich für ein „sozialdemokratisches" Blatt, das stets und nur die reinste Wahrheit verkünden muß, durchaus nicht."

Der „Vorwärts" erwidert dem Mosse-Blatt:

> Der Wahrheitseifer des „Berliner Tageblatt" rührt uns, un wenn es uns auch gestatten muß, Dokumente dann und so zu verwerten, wie es uns am zweckmäßigsten scheint, so wollen wir doch ihren Wissensdurst nach „Namen" gern befriedigen, indem wir zugleich die Hoffnung aussprechen, daß unsre beiden Zeugen Barmherzigkeit üben werden und weder die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" noch das „Berliner Tageblatt", noch die andern Blätter wegen der an ihnen verübten Beleidigungen verklagen werden.

Möglich wäre es, daß infolge der Indiskretion des „Vorwärts" der Plan, soweit er durchführbar ist, nicht zur Ausführung gelangt. Eine völlige Absperrung des Aufenthaltsortes des Kaisers von der Außenwelt, eine Insel, auf der nur die kaiserliche Familie und Elitetruppen wohnen, eine Art freiwilliger Gefangenhaltung des Kaisers zu seiner eignen Sicherung gegen angeblich vorhandene Feinde — das sind bemerkenswerte Absichten, welche weite Kreise über die seelischen Erscheinungen des Hoflebens aufklären. —

Deutschland.

Berlin, 21. August. Zur Durchführung der mit dem 1. Januar 1904 in Kraft tretenden Novelle zum Krankenversicherungsgesetz für den Bereich der preußischen Heeresverwaltung hat der Kriegsminister unterm 14. August die nötigen Bestimmungen erlassen. —

— Den Erlaß einer Hundesperre für die Straße Unter den Linden, der von den Behörden schon seit einiger Zeit erwogen wird, hat die Parkdeputation in ihrer vorgestrigen Sitzung dem Magistrat vorzuschlagen beschlossen. Hunde sollen künftig Unter den Linden nur geduldet werden, wenn sie an einer Leine geführt werden. —

— **Wie in Deutschland die Volksvertreter behandelt werden.** Offiziöse Blätter melden:

> Ueber die für die Reichstagsabgeordneten neu herzustellenden Eisenbahnfreikarten hat der Minister der öffentlichen Arbeiten an die Eisenbahndirektionen und Eisenbahnkommissare unterm 16. August einen Erlaß gerichtet, aus dem zu entnehmen ist, daß sie mit dem Zusatz „Für Benutzung von Schlafwagen und Luxuszügen ist der tarifmäßige Zuschlag zu entrichten" versehen werden sollen.

Früher durften die Mitglieder des Reichstags in ganz Deutschland alle Eisenbahnen umsonst benutzen. Später wurde dieser sehr mangelhafte Ersatz für Diäten auf den Verkehr vom Wohnort des Abgeordneten nach Berlin beschränkt. Jetzt sollen ihnen sogar noch gewisse Bequemlichkeiten entzogen werden. Ob wohl Herr Budde die Zuschläge bezahlt, wenn er auf seinen Dienstreisen Schlafwagen oder Luxuszüge benutzt?! —

1800 Soldatenmißhandlungen. Am 21. Juli d. J. hat sich der Soldat Hill vom 4. Garderegiment zu Fuß im Keller der Kaserne mit einer Platzpatrone erschossen. Der Selbstmord wurde in Zusammenhang gebracht mit Mißhandlungen, die Hill durch den Unteroffizier Otto Breitenbach erlitten hatte. Dieser wurde darauf verhaftet und die Untersuchung gegen ihn eröffnet. Am 14. August stand er, wie der „Vorwärts" berichtet, vor dem Kriegsgericht und die Anklage legt ihm **1500 Fälle leichter und 300 Fälle schwerer Soldatenmißhandlungen** zur Last.

Der Vertreter der Anklage beantragte 5 Jahre Gefängnis und Degradation; das Urteil lautete auf **3 Jahre 6 Monate Gefängnis und Degradation.**

Wie von bürgerlichen Blättern noch mitgeteilt wird, ist sowohl vom Gerichtsherrn wie auch von dem Verurteilten gegen dieses Urteil Berufung eingelegt worden, so daß sich das Obertriegsgericht in zweiter Instanz mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen haben wird. — Ob der Soldatenschinder nun mit der bisher erkannten milden Strafe davon kommt oder zu einer seinen Taten angemessenen Strafe verurteilt wird, — die im System liegenden Mißhandlungen werden sich immer wiederholen, solange der Militarismus besteht. —

— **Der Rechtfertigungsversuch der „Köln. Ztg.".** Die Redaktion der „Köln. Ztg." hat auf direkte Anfrage der „Nat.-Ztg." mitgeteilt, daß ihr von der angeblichen Unterstützung Dr. Giesebrechts mit 150 Mark nicht das mindeste bekannt ist. Die „Köln. Ztg." selbst schreibt, die einzige Geldsendung an Dr. Giesebrecht, die ihre Bücher verzeichnen, sei ein erheblich niedriger als die angeführte Summe bemessenes Honorar für einen Aufsatz aus dem Jahre 1898, ein Honorar, das Herrn Giesebrecht auf sein Ersuchen bewilligt

worden wäre. Dieser Artikel habe sich in der Tat gegen das gleiche Wahlrecht gerichtet. Jetzt sei die „Köln. Ztg." aber — andrer Meinung geworden. — Das kölnische Blatt behauptet ferner, soweit sie **es habe ermitteln können,** sei der fragliche Aufsatz der einzige Artikel Dr. Giesebrechts gewesen, den es aufgenommen habe. Am 1. Juli 1903 habe das Blatt Artikel Dr. Giesebrechts gegen das Wahlrecht abgelehnt. — Wenn die Behauptungen der „Köln. Ztg." richtig sind, so muß Dr. Giesebrecht bei dem Begleitschreiben, durch welches er Kapitalisten zu Zahlungen an ihn veranlaßte, betrügerischer Weise behauptet haben, daß die Redaktion der „Köln. Ztg." 150 Mark gezeichnet habe oder aber die **Zahlung steht nicht in den Büchern;** auch ist es nicht ausgeschlossen, daß Dr. Giesebrecht mehr für die „Köln. Ztg." gearbeitet hat, als die Redaktion jetzt „hat ermitteln können". —

Oesterreich-Ungarn.

Wie in Ungarn Streikende behandelt werden.

Am 16. d. M. ist auf dem Gute des Millionärs Lazarus Dunjerski in der Nähe von Groß-Becskerek ein Schnitterstreik ausgebrochen, weil den Schnittern der verlangte höhere Lohn nicht bewilligt wurde. Da die Schnitter darob in große Erregung gerieten und die Beamten der Gutsverwaltung sich bedroht fühlten, erbaten sie Militär zur Herstellung der Ruhe. Die sofort vom Oberstuhlrichter gegen die „renitenten" Schnitter eingeleitete Untersuchung endete damit, daß 30 „Rädelsführer" zu je 30 Tagen Arrest verurteilt wurden. Die übrigen Schnitter weigern sich, die Arbeit wieder aufzunehmen. ac.

Amerika.

Arbeiterfreiheit in Kanada.

ac. Es wird wohl Ursache dafür vorhanden sein, weshalb die kanadischen Gesetzgeber eine Vorschrift angenommen haben, die Streikerklärungen oder Streikanraumung seitens Ausländer zu einem Verbrechen stempelt. Es hat, wie es scheint, in Kanada rückständige Zustände und rückständige Leute, die nicht begreifen können, wenn Menschen, die die Welt gesehen haben, die kanadischen Arbeiter von dem, was anderwärts Gepflogenheit ist, unterrichten würden. Ein Bericht einer Montrealer Zeitung belehrt uns, welchen Begriff ein Fabrikant jener Stadt von der Freiheit der Arbeiter hat. Vor drei Wochen kündigte eine Wollenfabrik ihren Arbeitern an, daß sie anstatt 12 nunmehr 14 Stunden arbeiten müßten. Als man den Vormann fragte, ob die Kompanie auch diese Ueberstunden bezahlen würde, antwortete er, daß ihm nichts derartiges bekannt sei, daß das die Angestellten überhaupt nichts angehe, daß sie bloß zu arbeiten und zu gehorchen hätten, nichts weiter. Die meisten Angestellten jener Fabrik, etwa 300, sind Frauen und Kinder; diese weigerten sich, bei der erdrückenden Sommerhitze länger als gewöhnlich zu arbeiten. Als sie weggehen wollten, fanden sie alle Türen verschlossen. Sie versuchten, durch die Fenster einen Ausgang zu gewinnen. Etwa 4000 Menschen sammelten sich auf der Straße an und drohten, die Fabrik in Brand zu stecken. Man schaffte Polizei herbei und so entrannen die Sklavinnen des kanadischen Kapitalismus ihrer Hölle. Dabei erhielten diese Frauen und Kinder eine erbärmliche Bezahlung. Man sagt, man wolle sie beschützen gegen Streiks und gegen Fremde, fürchtet aber die Organisation und die Freiheit der Kanadier. —

Kleine politische Nachrichten. Im Befinden des Lord Salisbury, des früheren englischen Ministerpräsidenten, ist abermals eine Verschlimmerung eingetreten; sein Arzt verweilt ununterbrochen am Lager des greisen Patienten. — Ein Teil des englischen Mittelmeergeschwaders hat Befehl erhalten, sofort nach Saloniki aufzubrechen. — In Paris fand eine Kundgebung der Beamten der Untergrundbahn gegen die Direktion statt; die Pariser [illegible] zum Schutz der Passagiere der Bahn. — Die kolumbische Regierung hat eine Bill ausgearbeitet, durch welche sie ermächtigt wird, den Vertrag betreffend den Panamakanal mit Amerika auf der vereinbarten Grundlage abzuschließen; die Bill trägt ferner Bestimmungen zur Abänderung der Verfassung. — Italien und Frankreich haben die Entsendung von Kriegsschiffen nach den türkischen Gewässern beschlossen. — Eine englische Truppenabteilung hat die Stadt Burmi in Sokoto nach heftigem Kampf mit dem Feinde, der große Verluste hatte, genommen. — Der rumänische Ministerpräsident Sturdza hatte gestern in Wien eine längere Unterredung mit dem österreichischen Minister des Auswärtigen Grafen Goluchowski. —

Gewerkschaftsbewegung.

Massenstreik der Textilarbeiter in Crimmitschau. Die gestern in Crimmitschau zwischen den Unternehmern und den Arbeitern gepflogenen Unterhandlungen haben, wie der „Vorwärts" meldet, zu **keinem Resultat geführt.** Von fünf Versammlungen der Arbeiter wurden unerhörterweise **vier polizeilich aufgelöst, (!) weil in diesen Beamte des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes sprechen sollten.** Heute traten **7500 Arbeiter in den Ausstand.** Es herrscht **große Kampfesstimmung.** —

Achtung, Klempner! In [illegible] stehen seit Montag die Klempner im Streik. Sämtliche Kollegen (160 Mann) sind ausständig. Verhandlungen zwecks Beilegung sind im Gange. —

Marmorarbeiter. In Berlin findet am Freitag eine Besprechung der alten, aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetzten Tarifkommission vor dem Einigungsamte des Gewerbegerichts statt. —

Metallarbeiter. In Berlin [illegible] —

Handels- und Transportarbeiter. In Berlin streiken die Kutscher und Arbeiter der Vereinigten Berliner Mörtelwerke, ebenso stehen die Kutscher der Firma König im Streik. Sie fordern nur eine Lohnerhöhung, Beseitigung der überaus langen Arbeitszeit, [illegible] Bezahlung der Ueberstunden, und vor allen Dingen Anerkennung der Organisation. Die Arbeitszeit beträgt bis jetzt, namentlich bei der Firma König, 16—18 Stunden täglich; wer nur das geringste von Organisationsbestrebungen merken ließ, wurde unbarmherzig entlassen.

Tabakarbeiter. In Rio de Janeiro (Brasilien) sind 2700 Tabakarbeiter in den Ausstand getreten. Sie verlangen [illegible] —

Maurer. In Genf ist der Streik beendet [illegible] —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 21. August 1903.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten kam es auf Grund des von uns bereits hinreichend besprochenen Vorstoßes der Straßenbahn-Aktiengesellschaft gegen ihre vertragsmäßigen Pflichten zu einer recht lebhaften Aussprache, bei welcher zwar niemand wagte, die Aktiengesellschaft direkt zu verteidigen, bei welcher indes mehrere der bürgerlichen Herren doch nicht umhin konnten, ihrer Begeisterung für Aktienwesen und hohe Dividenden Ausdruck zu verleihen. Besonders Herr Lippert sang das hohe Lied vom Ruhm der Straßenbahn.

Natürlich war es dem Genossen Haupt ein leichtes, die manchesterlichen Anschauungen der Mehrheit zu widerlegen und nachzuweisen, daß der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung selbst schuld an den eingetretenen Mißhelligkeiten seien, da sie die Uebernahme der Straßenbahn in die eigne Regie der Stadt abgelehnt hätten.

Eine längere Aussprache fand auf Grund einer Anfrage des Stadtv. Laue an den Magistrat über die neuen Zeitungskioske statt. Der Magistrat hat insofern unzweifelhaft inkorrekt gehandelt, als er die einstweilige Aufstellung der Buden ohne Genehmigung seitens der Stadtverordnetenversammlung erlaubt hat, so daß der Oberbürgermeister zugeben mußte, daß diese Monumente moderner Baukunst sofort vom Erdboden würden verschwinden müssen, wenn es die Stadtverordnetenversammlung verlangt.

Im übrigen wies Herr Stadtrat Klinghardt mit Recht darauf hin, daß ein Bedürfnis für solche Zeitungsbuden vorhanden ist, da man — wie der Herr Stadtrat meinte — zuweilen auch einmal „gegnerische Blätter" lesen will. Genosse Haupt erklärte, daß die neue Einrichtung nur dann gutgeheißen werden könne, wenn dem Wunsche des Herrn Stadtrat, daß Zeitungen aller Parteien verkauft würden, keinerlei Schwierigkeiten gemacht würden. Der Herr Oberbürgermeister wies — für die Stadt übrigens recht beschämend! — darauf hin, daß die Stadt nicht die Macht habe, über diese Frage zu entscheiden. Derartige Dinge würden durch die Polizei und die Gewerbeordnung geregelt.

Auf Grund der uns gewordenen Erfahrungen können wir sicher sein, daß der Polizeipräsident, der sich bekanntlich von allen andern, selbst den extrem-konservativsten Polizeichefs in Preußen noch wesentlich durch einen besonderen Eifer in der Bekämpfung sozialdemokratischer oder ihm unsympathischer bürgerlicher Zeitungen unterscheidet, es nicht gern sehen wird, wenn von dem neuen Unternehmer Blätter aller Richtungen verkauft werden. Nachdem die Polizei aber erklärt hat, daß der Errichtung der Kioske keine polizeilichen Bedenken entgegenstehen, hat er kein Recht den Verkauf dieser oder jener Zeitung zu verbieten. Es gibt keinerlei Gesetz, welches ihm dazu eine Handhabe bietet. Wenn das Unternehmen nicht sehr bald zugrunde gehen soll, wird es — wie die Dinge in Magdeburg liegen — gezwungen sein, Zeitungen aller Parteien zu vertreiben. Die „Volksstimme" bedarf der neuen Kioske nicht; die Kioske aber bedürfen der „Volksstimme". —

— **Zum Polizeikampf gegen die Arbeiterschaft.** Nach einer Polizeiverordnung vom Jahre 1874 dürfen in Magdeburg nach 10 Uhr abends Gesangsaufführungen ohne polizeiliche Erlaubnis in Wirtschaften nicht stattfinden. Mehrere Arbeiter hatten im „[illegible]" auch nach 10 Uhr abends gesungen, ohne daß eine polizeiliche Erlaubnis eingeholt worden war. Zu ihrer Verteidigung machten die Angeschuldigten geltend, die Polizeiverordnung könne nicht als rechtsgültig angesehen werden, denn sie stehe mit Vorschriften des Reichs-Strafgesetzbuchs, insbesondere mit dessen § 360 (2) im Widerspruch. Das Strafgesetzbuch bestraft denjenigen, der „ungebührlicherweise ruhestörenden Lärm" verübt. Unmöglich kann — so meinen die Angeklagten — der Polizeibehörde das Recht haben, Handlungen, die als ungebührlicher Lärm nicht zu erachten sind, dennoch zu bestrafen. Das Schöffengericht verurteilte aber die Angeschuldigten zu Geldstrafen, und die Berufung wurde vom Landgericht verworfen, da die Polizeiverordnung in § 6 des Polizeiverwaltungsgesetzes vom 11. März 1850 ihre gesetzliche Grundlage finde. Auf die Revision der Angeschuldigten wurde die Vorentscheidung wieder aufgehoben und die Sache zur anderweiten Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurückverwiesen. Das Kammergericht erachtete, wie der Berliner „[illegible]" berichtet wird, zwar die Verordnung für rechtsgültig, nahm aber an, daß die Feststellung des Vorderrichters nicht erkennen, um den Tatbestand der Polizeiverordnung zu erfüllen. Ein Singen von Liedern sei noch keine Gesangsaufführung, wenn die Lieder spontan gesungen werden; eine Gesangsaufführung setze eine geplante Veranstaltung voraus. — Tatsächlich hatten die fraglichen Arbeiter nicht die Veranstaltung einer Gesangsaufführung verabredet, sondern waren nur plötzlich auf den Gedanken gekommen, ein Lied vorzutragen. Der polizeiliche Eifer dürfte also wieder einmal — wie schon so oft — zu keinem andern Ergebnis als zur Bezahlung der Gerichtskosten durch den Staat führen. —

— **In der nichtöffentlichen Sitzung der Stadtverordneten** wurden folgende Vorlagen genehmigt: Die Versetzung des Vorstehers der [illegible] Magistratssekretär Ebeling in den Ruhestand zum 1. Oktober 1903. Ferner wurden in den Ruhestand versetzt: der Magistratssekretär Weicke zum 1. Oktober 1903, der Elementarlehrer an der Oberrealschule Karl Hering, der Oberfeuerwehrmann Hermann Doßmann und der Oberfeuerwehrmann Friedrich Westphal. Genehmigt wurde der Austausch von städtischem Gelände an der Goethe- und Schillerstraße gegen eine gleich große Fläche der Landwirte Richard und Oskar Herrmann. Als ordentliches Mitglied der Einkommensteuer-Veranlagungs-Kommission wurde Herr Stadtverordneter Rudolf Arendt gewählt. —

— **Von der Straßenbahn.** Wie unsern Lesern bekannt ist, hat die Direktion der Magdeburger Straßeneisenbahn-Gesellschaft dem [illegible] des Magistrats nachgeben müssen und dem Regierungspräsidenten den Ausbau der neuen Strecke Agnetenstraße-Hohenzollernstraße-Königstraße-Großer Werder zur Genehmigung vorgelegt. [illegible] des Kleinbahngesetzes eine Auslegung dieser Strecken bereits erfolgt.

Die Pläne liegen in der Zeit vom 22. August bis 4. September 1903 im Polizei-Dienstgebäude [illegible] 27, zu jedermanns Einsicht offen. [illegible] —

— **Selbstmordversuch.** Der Kürassier Dietrich vom 7. Kürassierregiment schoß sich am Donnerstag auf dem Truppenübungsplatz Altengrabow in selbstmörderischer Absicht mit dem eigenen Dienstgewehr eine Platzpatrone in den Unterleib. Der Zustand des Soldaten gilt als bedenklich. —

— **Ein Gardinenbrand** entstand am Donnerstag vormittag im Hause Knochenhauerauferstraße 22 in einer Küche der zweiten Etage. Der erste Zug mit Maschinenleiter rückte dorthin. Die Gefahr war in kurzer Zeit beseitigt. Die Ursache soll ein Spirituskocher gewesen sein. Ein in der Küche anwesendes Kind zog sich hierbei leichte Brandwunden zu. —

Gerichts-Zeitung.

Gewerbegericht Magdeburg.

Sitzung vom 20. August 1903.

Vorsitzender: Stadtrat Lüddeckens. Beisitzer: Kaufmann Thiele und Fabrikant Krimnitz, Arbeitgeber; Maler Pulmer und Maurer Kanngießer, Arbeitnehmer.

Gegen den Architekten Können richtet sich die Klage der Zimmerleute Meier und Busse auf Zahlung von je 93 Mark Restlohn. Die Verhandlung ergibt, daß Meier allein die Forderung an den Beklagten mit zusammen 186 Mark hat, weil er die Arbeit übernommen hat. Der Beklagte macht eine Gegenforderung von zusammen 81 Mark 50 Pfg. geltend, doch wird vom Gewerbegericht nur die Forderung von 51 Mark 50 Pfg. anerkannt. Nach langer Verhandlung kommt eine Einigung dahin zustande, daß der Beklagte an Meier noch 131 Mark 50 Pfg. in drei Raten zahlt. Busse zieht seine Klage gegen Können zurück. Seinen Restlohn bekommt er von Meier. —

Durch Versäumnisurteil wird der Schaubudenbesitzer Wen[illegible] kostenpflichtig verurteilt, an den Arbeiter Wegener 1,70 Mark zu zahlen. —

Der Arbeiter Eilenburg wird mit seiner Klage gegen den Fabrikanten Trautmann auf Zahlung einer 14tägigen Lohnentschädigung wegen kündigungsloser Entlassung kostenpflichtig abgewiesen. Der Disponent des Beklagten bekundet eidlich, daß er dem Kläger bei seiner Annahme gesagt habe, Kündigung sei beiderseits ausgeschlossen. —

Der Agent und Restaurateur Stephan wird auf Antrag des klagenden Elbarbeiters Knöfler durch Versäumnisurteil angehalten, an den Kläger 30 Mark Entschädigung zu zahlen, weil er denselben zu einer bestimmten Arbeit angenommen, aber nicht beschäftigt hat. —

Der Maurer Körtge beantragt, gegen den Bauunternehmer Dümmel ein Versäumnisurteil des Inhalts zu erlassen, an den Kläger 23,15 Mark Restlohn zu zahlen. Das Gewerbegericht beschließt dem Antrage gemäß, weil Beklagter nicht erschienen ist. —

Der Schiffsjunge Frenzel verlangt von dem Schiffer Karthäuser einen Restlohn von 41,20 Mark. Der Beklagte gibt an, daß er den Kläger nicht entlassen habe, derselbe habe vielmehr seine Stelle allein aufgegeben, wodurch ihm ein ganz erheblicher Schaden entstanden sei. Der Beklagte machte eine Gegenforderung von 12 Mark geltend. Es kommt schließlich zu einer Einigung, indem Beklagter sofort an den Kläger 30 Mark zahlt. —

Dem Arbeiter Korz sind bei Lösung des Arbeitsverhältnisses von dem Fabrikanten Schnakenburg 7,80 Mark abgezogen worden, um, wie der Vertreter der beklagten Firma angibt, eine Kostenrechnung zu decken, die durch Verschulden des Klägers entstanden war. Da ein derartiges Aufrechnen von Lohn nicht zulässig ist, vergleichen sich die Parteien dahin, daß der Beklagte an den Kläger nicht nur den einbehaltenen Restlohn von 7,80 Mark, sondern auch für die Zeitversäumnis 1,90 Mark, zusammen 9,70 Mark zahlt. —

Kleine Chronik.

Zu der Verhaftung des afrikanischen „Prinzen" Mpundo Akwa

in Hamburg wird noch gemeldet, daß die Schulden, die der junge Häuptlingssohn dort kontrahiert hat, über 7000 Mk. betragen. Es besteht wenig Aussicht, daß die geschädigten Geschäftsleute auch nur teilweise zu ihrem Gelde kommen. Der leichtlebige „Prinz" ist bekanntlich wegen Zechprellerei und Vorspieglung falscher Tatsachen in Untersuchungshaft genommen worden. Vor seiner Ankunft in Hamburg hielt er sich, wie festgestellt wurde, in Kiel auf, wo er ebenfalls in besseren Kreisen Zutritt fand. Er konnte aber dort nicht lange reüssieren, weil ihn einige höhere Seeoffiziere von ihrem früheren Aufenthalte in Kamerun her kannten. Mpundo Akwa hatte in Schlesien mehrere Monate auf einem Gute die Landwirtschaft erlernt und kehrte vor einiger Zeit nach Hamburg zurück, um in der Hafenstadt noch kaufmännische Studien zu betreiben. Er spricht außer seiner Muttersprache fließend Deutsch und Englisch. Bei seiner Verhaftung wurden auch die sämtlichen Effekten des „Prinzen" beschlagnahmt. In den Koffern fanden sich zahlreiche Briefe vor, die von seinen Angehörigen in Kamerun herrührten; sie sind in der Duallasprache geschrieben und konnten daher von der Hamburger Polizei noch nicht entziffert werden. Die Schriftstücke werden in nächster Zeit dem Seminar für orientalische Sprachen in Berlin zur Uebersetzung übersandt werden. — Der schwarze Prinz ist nach einer Meldung der „Voss. Ztg." gestern wieder aus der Haft entlassen worden. —

Ueberschwemmungen in der Schweiz.

Wolkenbrüche haben an der Albulabahn schweren Schaden verursacht. Auch aus andern Teilen der Schweiz laufen Meldungen von Hochwasserschäden ein. In Amriswil im Thurgau unterspülten die Fluten die Fundamente eines Hauses und brachten es zum Einsturz; unter den Trümmern fanden zwei Personen den Tod. Zur Bewältigung des über die Ufer getretenen Dürenbachs im Kanton St. Gallen mußten durch Notsignale Hilfsmannschaften requiriert werden.

Kleine Tageschronik. In Hattmatt geriet ein junger Mann mit seinem Vater in Streit und riß im Zorn sein Gewehr von der Wand. Bevor er aber auf den Vater anlegen konnte, entlud sich die Waffe und der Schuß tötete den Sohn selbst. — In den Tiroler Alpen trat abermals starker Wettersturz mit Schneefall bei empfindlicher Kälte ein. — Die Tätigkeit des Vesuvs dauert fort; die Ausbrüche sind zahlreicher, die ausgeworfenen Lavamassen jedoch geringer geworden. — Der Postdampfer „Switzerland" der „Red Star-Linie" in Antwerpen ist laut Telegramm am 19. August wohlbehalten in Philadelphia angekommen. — Der neunte internationale Geologen-Kongreß ist in Wien eröffnet worden. —

Vereine und Versammlungen.

Metallarbeiter.

Eine zweite Fabrikversammlung der Arbeiter von Garrett Smith u. Co., welche wiederum stark besucht war, nahm Stellung zu den Antworten des Arbeiterausschusses und der Direktion auf die von der ersten Versammlung eingereichte und begründete Resolution. Kollege Brandes beleuchtete einleitend

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 195. Magdeburg, Sonnabend den 22. August 1903. 14. Jahrgang.

Bericht des Vorstandes

an den Parteitag zu Dresden 1903.

Die Beteiligung an den Landtagswahlen ist bei den Genossen in immer größere Aufnahme gekommen und derzeit fast allgemein. Die nachfolgend registrierten Wahlen haben im Oktober und November v. J. stattgefunden. Bei den Wahlen zum Oldenburger Landtag fielen den Genossen 6 Mandate zu, von denen 3 den Agrariern abgenommen wurden. — In Schwarzburg-Rudolstadt eroberten wir 7 Mandate. Bisher besaßen wir nur eines. Genosse Winter wurde zum Vizepräsidenten des Landtages gewählt. — Bei der Ersatzwahl in Saalfeld wurde Genosse Zietsch Landtag auf 7 stieg. — Durch die Nachwahl im Heilbronner Amt stieg die sozialdemokratische Fraktion im württembergischen Landtag von 5 auf 6 Köpfe. — Die Wahlen in Hessen brachten uns 7 Mandate. Der Versuch, uns das Mandat von Offenbach-Land, das kassiert worden war, zu entreißen, scheiterte. Genosse Orb wurde wiedergewählt, bezw. der Wahlbezirk Bieber wählte die 6 sozialdemokratischen Wahlmänner mit 70 Stimmen Mehrheit wieder. — In den Anhalter Landtag hielt die Sozialdemokratie voriges Jahr zuerst ihren Einzug. 4 Genossen wurden gewählt. — Die Genossen in Bremen gewannen bei den Bürgerschaftswahlen 9 Mandate, wodurch die sozialdemokratische Fraktion auf 20 Mitglieder gestiegen ist. — Die am 17. Dezember v. J. erfolgte Wahl des Genossen Emmel in den elsässischen Landesausschuß wurde kassiert. Jedoch wurde Genosse Emmel am 28. April d. J. wiedergewählt.

In Sachsen, Baden und Preußen sind die Genossen teils in voller Agitation, teils mit den Vorarbeiten beschäftigt für die in den genannten Staaten demnächst bezw. im Herbst stattfindenden Landtagswahlen.

Wir lassen eine Zusammenstellung folgen, aus der die Stärke der sozialdemokratischen Fraktionen der Landtage und die gewählten Abgeordneten zu ersehen sind. Die in Klammern gegebenen Ziffern geben die Gesamtzahl der Mitglieder, aus denen der betreffende Landtag besteht.

Bayern 11 (154): Birk, Ehrhart, v. Haller, Huber, Keidel, Löwenstein, Merkel, Müller, Schmitt, Segitz, v. Vollmar.

Württemberg 6 (93): Blumhardt, Hildenbrand, Keil, Kloß, Schäffler, Tauscher.

Baden 8 (38): Dreesbach, Eichhorn, Fendrich, Geck, Geiß, Kramer.

Hessen 7 (50): Berthold, Cramer, David, Haas, Orb, Rau, Ulrich.

Oldenburg 6 (40): Duden, Heitmann, Hug, Meyer, Schmidt, Schulz.

Sachsen-Weimar 2 (28): Baudert, Neidt.

Anhalt 4 (36): Günther, Langheld, Peus, Voigt.

Sachsen-Altenburg 4 (30): Buchwald, Horn, Käppler, Schüler.

Sachsen-Koburg-Gotha 10 (30): Bock, Denner, Hildebrandt, Joos, Köllner, Schauder, Spengler, Tillig, Wolf, Walter.

Sachsen-Meiningen 7 (24): Eckardt, Hofmann, Wächter, Wehder, Wehner, Weigelt, Zietzsch.

Lippe-Detmold 3 (21): Becker-Lemgo, Becker-Oerlinghausen, Schmuck.

Reuß ä. L. 1 (12): Feustel.

Reuß j. L. 5 (16): Böttger, Fiedler, Leven, Patzer, Vetterlein.

Schwarzburg-Rudolstadt 7 (16): Bloß, Böttcher, Frötscher, Hartmann, Kaiser, Venter, Winter.

Bremen 20 (150): Barthel, Behrens, Blome, Donath, Ebert, Engeland, Hartmann, Imwolde, Junge, Klawitter, Kruse, Mähr, Rhein, Rose, Rosenlehner, Struckmann, Ulmer, Voigt, Waigand, Wegener.

Hamburg 1 (160): Stolten.

Elsaß-Lothringen 1 (58): Emmel.

Nicht vertreten ist die Sozialdemokratie demnach in den gesetzgebenden Körperschaften in Preußen, Sachsen, Braunschweig, Schaumburg, Schwarzburg-Sondershausen, Waldeck und Lübeck.

* * *

Nachwahlen zum Reichstag fanden in dem Berichtsjahr 5 statt, an denen sich die Partei beteiligte, und zwar in Liegnitz, Danzig, Schleswig, Meppen und Forchheim. In den drei erstgenannten Kreisen kamen wir in die Stichwahl, in der wir gegen den Freisinn unterlagen.

Seit dem Münchner Parteitag stand die Agitation unter dem Einfluß der bevorstehenden allgemeinen Reichstagswahlen. Bebels Referat in München war das Alarmsignal und die Herausgabe desselben als Broschüre ein wesentliches Unterstützungsmittel unsrer Redner in der vorbereitenden Wahlagitation. Letztere schlug um so höhere Wogen, je mehr sich die Kämpfe um den Zolltarif im Reichstag zuspitzten. Eine gewaltige Protestbewegung ging unter der Führung der Genossen durch das Reich, die in ungezählten massenhaft besuchten Versammlungen ihren Ausdruck fand. In den Großstädten und Industriezentren vermochten die Versammlungslokale die Erschienenen nicht zu fassen. So z. B. fanden am 4. Dezember v. J. und am 22. Januar d. J. in Berlin jedes Mal 32 Versammlungen statt, zu denen der Andrang so groß war, daß die polizeiliche Absperrung erfolgte. Das gleiche gilt von allen größeren Parteiorten.

Unsre Gegner hatten die redliche Absicht, zu einem großen Schlage auszuholen. Die aus dem Wahlkampf des Jahres 1898 berüchtigte Flugschriftenfabrik des Hülleschen Verlags wurde ersetzt durch die Machwerke des Bürger-Fränkel, den Eugen Richter mit der Herausgabe des „Sozialistenspiegels" zu übertrumpfen suchte. Ein aus Vertretern aller bürgerlichen Gesellschaftsklassen gebildetes Komitee schwang den Klingelbeutel, dabei auf die Tatkraft und die Opferfreudigkeit unsrer Genossen verweisend. Großsprecherisch verkündete man, Singer habe in München erklärt: „Wir wollen alles aufbieten, um in die gesetzgebenden Körperschaften eine so stattliche Zahl von Sozialdemokraten hineinzubringen, daß man in Deutschland ohne die Sozialdemokratie nichts mehr machen könne, auch keine Gesetze". Und daß Bebel ausrufen konnte: „In dem beginnenden Wahlkampf müssen wir unsre vollste Schuldigkeit leisten, bis zur völligen Erschöpfung unsrer physischen und materiellen Kräfte", dem sollte durch umfassende Belehrung der breitesten Wählermassen über die Wertlosigkeit des sozialdemokratischen Programms begegnet werden.

Der Schlag, den man gegen uns zu führen beabsichtigte, war ein Schlag ins Wasser. Für uns war der Ausfall der Wahlen ein glänzender. Gestählt ist die Partei aus dem Wahlkampf hervorgegangen, bereit, jeden Augenblick den Kampf mit gleichem Nachdruck zu führen.

Am 30. April wurde der Reichstag geschlossen und am 1. Mai erschien der Wahlaufruf unsrer Fraktion im „Vorwärts", eine würdige Einleitung zur Maifeier. Der Aufruf gab den Genossen die Wahlparole in folgenden klaren Sätzen:

Nieder mit dem die Völker aussaugenden Militarismus und Marinismus in seiner jetzigen Gestalt! Völkerverständigung! Völkerfrieden!

Nieder mit einer verderblichen Zoll- und Handelspolitik, die viele Millionen in ihren Lebensinteressen schädigt!

Nieder mit einer Steuer- und Zollpolitik, welche die Armen bedrückt und die Reichen begünstigt!

Nieder mit der Reaktion im Innern, der staatlichen Willkür, der Bevormundung, dem Polizeidruck, der Rechtsunsicherheit!

Auf zum Kampf für den Fortschritt auf allen Gebieten, für Wissen und Aufklärung, für Befreiung und Erlösung von allem Druck, den Klassenstaat, Klassenherrschaft und Klassengesetzgebung auf die Schultern der schwer arbeitenden Volksmehrheit geladen haben.

Unser Ziel ist die Herbeiführung der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung, gegründet auf dem gesellschaftlichen Eigentum an den Arbeitsmitteln und der Arbeitspflicht aller ihrer Glieder. Schaffung eines staatlichen und gesellschaftlichen Zustandes, in dem die Wahrheit die Gerechtigkeit, die Gleichberechtigung und die Wohlfahrt aller der unverrückbare Leitstern für alles Handeln ist.

Wähler! Wer von Euch diese unsre Anschauungen teilt, der stimme am 16. Juni nur für den Kandidaten der Sozialdemokratie!

Alle, die bei dem gewaltigen Ringen im Wahlkampf tätig waren, haben reiche Entschädigung gefunden im Gefühl der Genugtuung über die errungenen Siege.

Im ersten Ansturm in der Hauptwahl am 16. Juni eroberten wir 58 Mandate, also die gleiche Zahl der Mandate, welche die Fraktion am Schluß des Reichstags besaß. Mithin sind die 23 in der Stichwahl am 25. Juni uns zugefallenen Mandate der Gewinn der Wahlschlacht, über den sich zu freuen die Genossen berechtigten Grund haben. Unsre Stimmenzahl stieg von 2 107 076 Stimmen im Jahre 1898 auf 3 010 472 Stimmen bei der diesjährigen Wahl, mehr 903 346 Stimmen.

Die Wahlorganisation war die gleiche wie in den beiden voraufgegangenen Wahljahren von 1898 und 1893, mit einigen kleinen Verschiebungen, die durch die geographische Lage der betreffenden Kreise bedingt war. Die Organisation hat sich auch diesmal vortrefflich bewährt. Ihr Hauptvorzug ist, daß sie ständige Einrichtung geworden ist, die in jedem Augenblick die Aufgaben erfüllen kann, die im Wahlkampf erfüllt werden müssen.

Zur Unterstützung der Agitation in dem Wahlkampf stellte der Parteivorstand den Bezug des Fraktionsaufrufs den Wahlkomitees anheim. Geliefert wurden davon den Genossen 632 800 Exemplare. Daneben bezogen die Wahlkreise des Ruhrgebiets ein speziell den Fall Krupp behandelndes Flugblatt in einer Auflage von 218 300 Exemplaren.

Um den Genossen im Reich die Zusammenstellung geeigneter Flugblätter zu erleichtern, hatte der Vorstand 12 Entwürfe anfertigen und als Manuskript drucken lassen, die in einer Auflage von 6000 von den Genossen bezogen worden sind und Verwendung gefunden haben.

In Ausführung der diesbezüglichen Beschlüsse des Münchner Parteitags hatte der Vorstand frühzeitig die Herstellung des „Handbuchs für sozialdemokratische Wähler" vorbereitet. Nach den Erfahrungen von 1898 war die Auflage bemessen worden. Doch war die Nachfrage so stark, daß in wenigen Tagen die erste Auflage vergriffen war und eine zweite nachgedruckt werden mußte. Die Gesamtauflage des Handbuchs betrug 4500 Exemplare, von denen 2626 gratis abgegeben worden sind, während 1743 Exemplare durch die Buchhandlung „Vorwärts" verkauft wurden.

Das Handbuch war unsern agitatorisch tätigen Genossen eine willkommene und wertvolle Gabe. Das Buch behält dauernden Wert. Jeder Besitzer desselben kann sich unter Zuhilfenahme des jährlich an den Parteitag erstatteten parlamentarischen Berichts die verschiedenen Abschnitte ergänzen und sich auf dem laufenden erhalten. Auch ein in polnischer Sprache verfaßtes Flugblatt hat der Vorstand herausgegeben. Dasselbe ist hauptsächlich in der Provinz Posen, in einigen Kreisen von Oberschlesien und unter den im Reich zerstreut wohnenden Polen zur Verteilung gelangt. Verbreitet wurde das Flugblatt in einer Auflage von 183 000 Exemplaren.

Der Versuch des Vorstandes, die Unterstützung der mündlichen Agitation durch Fraktionsmitglieder zu regeln, hatte nicht den gewünschten Erfolg. Einzelne Mitglieder, die in absolut sicheren Kreisen kandidierten, haben fast übermenschliches geleistet. Die andern hatten in den eigenen Kreisen und mit der Bewältigung der ihnen von den Provinzialwahlkomitees zugewiesenen Aufgaben überreich zu tun.

Konnten deshalb nicht alle an den Vorstand gestellten Anforderungen erfüllt werden, so war nicht mangelnde Organisation sondern der Umstand schuld, daß die Parteigenossen die lobenswerte Eigenschaft in hohem Maße besitzen, mehr leisten zu wollen, als die vorhandenen Kräfte zu leisten vermögen, und deshalb stets die Unterstützung durch den Parteivorstand forderten.

Mit Genugtuung können wir feststellen, daß jeder der agitatorisch tätigen Genossen und Genossinnen ihre Schuldigkeit getan haben und durch weitgehende gegenseitige Unterstützung die Erfolge herbeigeführt wurden, auf die stolz zu sein wir Ursache haben. —

(Fortsetzung folgt.)

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

Der Prinzipienreiter.

Eine Geschichte aus dem Jahre 1848 von Wilhelm Blos.

(24. Fortsetzung.)

„Ah," meinte Thiel, „Ihr wollt nur materielle Genüsse; für ideale Güter habt Ihr nichts übrig!"

„Geh'n Sie mir, Herr Lehrer; ich hätte Sie für klüger gehalten!" rief nun der Webergeselle, indem er im Eifer vom Webstuhl aufsprang. „Keine Ideale! Wissen Sie, wie es kommen wird? Die Bewegung wird auch hier zum Ausbruch kommen, und wir Arbeiter werden unser redlich Teil beitragen, den alten Despotismus zu stürzen. Wir Arbeiter und die Bauern! Die Spießbürger machen das Kraut nicht fett."

„Wißt Ihr das so gewiß von den Bauern?" fragte Thiel gespannt.

„Ich sagte Ihnen schon, daß wir mehr wissen, als polizeilich zulässig ist," sagte Müller. „Und nun vorwärts, Ihr Herren vom guten Bürgertum! Die Arbeiter werden auf dem Platze sein, wenn es gilt."

„Kann man sich darauf verlassen?"

„Gewiß kann man sich auch darauf verlassen. Aber man kann sich auch darauf verlassen, daß, wenn die Freiheit erkämpft ist, die Arbeiter ihr Recht fordern werden!"

„Das sollen sie haben," sagte Thiel, „nur dürfen sie nicht unmögliches fordern."

„Sie verteilen schon die Welt," meinte Müller lächelnd. „Aber erst nur heraus mit Eurem Fledermisch!"

„Also ich rechne auf Euch!" rief Thiel und wollte hastig hinaus; da trat Karoline vor ihn und sah bittend zu ihm auf. Es schimmerte feucht in ihren Augen.

„Nur auch vorsichtig," sagte sie, „denken Sie auch an sich, Herr Lehrer!"

Er sah sie erstaunt an und eilte grüßend fort.

„Nur keine Angst," sagte Müller spöttisch, „die Herren sind keine Helden, die sich tollkühn den Gefahren aussetzen. Das überlassen die guten Bürger uns Proletariern; wir sind ihnen gerade recht als der Dünger der Weltgeschichte."

„Pfui!" antwortete Karoline.

„Ja, der Müller hat ein gottloses Maul," bestätigte der Meister.

Thiel ging draußen eilig weiter, wieder in Nachdenken versunken, denn die Worte des Arbeiters hatten auf ihn großen Eindruck gemacht. Aergerte ihn auch dessen Spott, so wußte er doch nun, daß er bei seinem Kampf um die Freiheit auf die Unterstützung von Leuten rechnen konnte, die ihm zuverlässiger und tatkräftiger schienen, als die zaghaften Bürger, welchen ein strenger Blick eines Gewaltigen die revolutionären Anwandlungen wieder austreiben konnte.

Er kam in eine freundlichere Stadtgegend, wo zierliche Häuser in wohlgepflegten Gärten standen. Er seufzte. In dem hübschen, hellschimmernden Häuschen dort mit rotem Ziegeldach und grünen Läden, da wußte er das Ziel seiner Sehnsucht, die schlanke, blauäugige, goldhaarige Luise. Sie war die Tochter des Hofbandagisten Binder, der in seinem Laden am Markt Bruchbänder, Klistierspritzen und andre nützliche Dinge verkaufte und sich dabei ein Vermögen gemacht hatte. In seinem Hause vor der Stadt wollte er sich bald zur Ruhe setzen. Thiel erteilte dem nicht besonders veranlagten Sohne des Herrn Hofbandagisten Nachhilfestunden. Dabei hatte sich die Gelegenheit gefunden, manchmal mit der hübschen Tochter allein zu sein, während die guten Eltern sich mit dem Vertrieb ihrer Waren beschäftigten. Luise verliebte sich in den stattlichen jungen Mann mit seinen idealen Anschauungen, nachdem derselbe ihr zu erkennen gegeben hatte, welch tiefen Eindruck sie auf ihn gemacht. Die Liebenden mußten ihre Küsse den flüchtigsten Momenten abstehlen, denn Luise zitterte vor den gestrengen Eltern, von denen sie wußte, daß ihnen ein simpler Schulmeister lange nicht gut genug zum Schwiegersohn war. Aber sie versprach auszuharren. „Zeit bringt Rat!" sprach sie, wie Tausende von Liebenden zu sprechen pflegen.

Auch Thiel war nichts weniger als behaglich zumute, wenn er an die Eltern der Geliebten dachte. Den Papa hätte man vielleicht noch umstimmen können, allein die Mama, eine sehr resolute Dame mit einem Schnurrbärtchen, wie es die spanischen Matronen zu tragen pflegen, machte ihm besondere Sorgen. Die wollte recht hoch hinaus.

Trübe sah er hinüber nach dem Garten, da tauchte ein blaues Kleid dort auf und Luise, sich scheu umsehend, gab ihm einen Wink, hereinzukommen. Da lachte das Glück auf in dem jungen Mann, der so zwischen Revolution und Liebe hin und her geschüttelt wurde. Vorsichtig ging er durch den Hausflur in den Garten, wo er Luisens blaues Gewand in einer Laube verschwinden sah. Freudestrahlend folgte er dahin; als er sich in der Laube geborgen sah, breitete er die Arme aus, die Geliebte an sich zu ziehen, als er bemerkte, daß sie weinte.

„Was ist Dir?" frug er bestürzt.

Schluchzend warf sie sich an seine Brust. Dann sah sie sich wild erregt um: „Es wird doch niemand kommen!" sprach sie mit bebender Stimme.

„Wo sind Deine Eltern?"

„In der Stadt, im Laden!"

„Dann sind wir ja sicher. Aber was ist Dir?"

„Ach, Heinrich —"

„Gewiß hast Du Angst wegen der politischen Geschichten. Haben sie Dir auch die Ohren voll gelästert und Dir eingeredet, die Demokraten seien Diebe und Mörder und Jungfrauenräuber?"

„Ach nein, Heinrich; ich glaube schon, daß die Sache, bei der Du bist, eine gute ist. Weiter frage ich nicht."

„Aber was ist denn sonst vorgefallen?" drängte er.

„Heute morgen," brachte Luise stockend und schluchzend hervor, „kam Mama und kündigte mir an, daß der junge Katzenmayer morgen kommen und um meine Hand anhalten werde."

„Mord und Tod!" brauste Thiel auf, „der Katzenmayer, der bucklige Schreiber, der soeben zum Ministerialsekretär emporgekrochen ist?"

„Derselbe! Der Ministerialsekretär imponiert meinen Eltern sehr."

„Hol' ihn der Teufel, den gottverdammten Federfuchser!" wetterte Thiel.

„Nicht so laut, Heinrich," bat das weinende Mädchen. „Ich kann ja nichts dafür. Die Eltern haben es abgemacht und Mama will keinen Widerspruch dulden."

(Fortsetzung folgt.)

An die Sozialdemokraten des Regierungsbezirks Magdeburg.

Parteigenossen!

Laut Beschluß des Zentralkomitees findet die nächste Bezirkskonferenz für den Regierungsbezirk Magdeburg am **Sonntag den 30. August, vormittags 11 Uhr in Magdeburg** in dem Lokale „Zum Bürgerhaus“, Stephansbrücke 38, statt. Die vorläufige Tagesordnung lautet:

1. Bericht des Zentralkomitees.
2. Bericht der Delegierten der einzelnen Kreise.
3. „Die bevorstehende Landtagswahl.“ (Referent: **Hans Marckwald**-Magdeburg.)
4. Diverses.

Jeder im Regierungsbezirk Magdeburg liegende Wahlkreis ist **berechtigt**, zu dieser Konferenz auf je 100 der politischen Organisation angehörende Mitglieder einen Delegierten zu entsenden. Kreise, in denen die Zahl der Mitglieder 600 nicht erreicht, können sich mindestens mit sechs Delegierten beteiligen. Jedes angefangene Hundert zählt für voll.

Jeder Delegierte muß dem Vertrauensmann seines Ortes nachweisen, daß er politisch organisiert ist oder fortlaufende Beiträge zahlt.

Die Verteilung der Delegierten auf die einzelnen Orte ist Sache der betreffenden Kreisorganisation, jedoch sind die einzelnen Orte möglichst zu berücksichtigen.

Die zu der Konferenz erscheinenden Delegierten müssen sich durch ein Mandat legitimieren, welches von dem Leiter der Versammlung, in welcher sie gewählt sind, unterschrieben sein muß. Diejenigen Kreise, welche ihre Delegierten noch nicht bestimmt haben, werden ersucht, dieses unverzüglich zu tun.

Alle Anfragen und dergleichen sind an den Unterzeichneten, Gelder dagegen von jetzt ab an den Kassierer **Hermann Giesecke**, Magdeburg-Neustadt, Schmidtstraße 56 2, zu senden.

Das Zentralkomitee
J. A.: **Albert Vater**,
Magdeburg, Knochenhaueruser 27-28.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 21. August 1903.

Gewerkschaftskartell Magdeburg.

Bericht über die Sitzung vom 20. August.

Es fehlen bei Beginn der Sitzung 14 Vertreter, von denen einige noch während der Verhandlung erscheinen. Der Vorsitzende ermahnt, daß die Gewerkschaften ihre Vertreter anhalten, künftig pünktlicher zu erscheinen.

Bekannt gegeben wird, daß sich die Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter dem Kartell wieder angeschlossen haben. Hierauf verliest der Schriftführer **Herwig** das Protokoll der letzten Sitzung.

Gewerkschaftssekretär **Beims** stellt einen Irrtum im Protokoll richtig. Er bemängelt die vollständigen Vorlesungen. Nicht eine, wie im Protokoll steht, sondern ein Zuschuß desselben kostet 50 Pfg. Eintrittsgeld.

Kollege **Wernicke** berichtet die Differenzen, die zwischen ihm und der Frau **Thiede** entstanden waren. Nach Meinung des Redners gehören vorläufig die Streichlöcher zum Verband der Lithographen und Steindrucker und nicht wie Frau Thiede wünscht, zum Verband der in Buch- und Steindruckereien beschäftigten Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen.

Gewerkschaftssekretär **Beims** macht verschiedene Mitteilungen. Die Schneider beabsichtigen den Anschluß an das Kartell. Die Steinsetzer befinden sich in einer Lohnbewegung, die entsprechend zum Vorteil des Gewerks ausschlagen wird.

Angekündigt wird, daß wie in Hamburg so auch hier einmal gegen das Treiben der Arbeiter, des Abends die [illegible] aufzusuchen und sich dort über Gebühr lange aufzuhalten, eingeschritten wird.

Zum Punkt 2, Veranstaltung von Vorträgen im kommenden Winterhalbjahr, gibt der Vorsitzende **Beißge** bekannt, daß der Vorstand von der Abhaltung eines allgemeinen Vergnügens abgekommen ist. Im Laufe des Septembers wird Herr Dr. **Lux** einen Vortrag halten. Außerdem sollen noch zwei Vorträge im Laufe des Winters stattfinden. Zu dem ersteren Vortrage sollen die an das Kartell angeschlossenen Gewerkschaftsmitglieder freien Eintritt haben. Die Gäste bezahlen 25 Pf. Die Anwesenden gaben zu dem Arrangement ihre Zustimmung.

Kollege **Wendlandt** macht den Vorschlag, zyklische Vorträge, z. B. über Gewerbeordnung, Krankenkassengesetz usw., stattfinden zu lassen. Zu diesem Zweck soll der Vorstand ein genaues Programm aufsetzen. Die Kleinarbeit würde hierdurch in den Gewerkschaften vorteilhaft eingeführt.

Kollege **Herwig** glaubt, daß es praktischer sei, diese Veranstaltungen nicht in den Gewerkschaften, sondern vor den Kartelldelegierten in Verbindung mit den Gewerkschaftsvorständen stattfinden zu lassen.

Kollege **Wendlandt** hält diese Vorträge in den Gewerkschaften für vorteilhafter.

Sekretär **Beims** regt an, daß es an Stelle der Vorträge noch besser sei, derartige Materien in erzählender Form in der Presse zu veröffentlichen.

Die Anregung des Kollegen **Wendlandt** wird dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Zum Punkt 3, Das Gewerkschafts-Sekretariat und die Presse, meint Sekretär **Beims**, daß ein Grund zum Tadel der „Volksstimme“ gegenüber von gewerkschaftlicher Seite nicht vorliege. Eine noch weitere Inanspruchnahme der Tagespresse müsse von den Gewerkschaften angestrebt werden. Je mehr sich diese entwickeln, um so mehr müsse die Tagespresse für die wirtschaftliche Bewegung gebraucht werden.

Der Kartellvorstand stellt den Antrag, das Kartell solle den Kartellvorstand beauftragen, die Preßkommission zu ersuchen, für die Mitarbeit des Gewerkschaftssekretärs an der „Volksstimme“ eine Pauschalsumme pro Jahr von 500 Mark für das Sekretariat auszuwerfen.

Kollege **Wendlandt** erwartet von einer vermehrten Publizistik auf gewerkschaftlichem Gebiete auch ein erhöhtes Interesse bei den Mitgliedern der Gewerkschaften für die Tagespresse. Die geforderte Summe sei nicht zu hoch.

Die Delegierten stimmen dem Antrage zu.

Zum Punkt 4, Konferenz der Gewerkschaftskartelle der Provinz Sachsen, macht Sekretär **Beims** die nötigen Ausführungen. Für die Notwendigkeit einer derartigen Konferenz spreche in erster Linie die allgemein als mangelhaft erkannte Gewerbeaufsicht. Ferner sei eine Aussprache über die Wahlen der Beisitzer zur Arbeiterversicherung und der Mitglieder zum Ausschuß der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt notwendig. Auch sei eine nähere Fühlung zwecks der Wahlen zum Gesellen-Ausschuß der Handwerkskammer außerordentlich wichtig. B. ersucht um Zustimmung, daß eine derartige Konferenz in der Weihnachtswoche einberufen wird.

Kollege **Wendlandt** wünscht, daß hierzu der Vorstand des Verbandes der Ortskrankenkassen im Bezirke der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt mit eingeladen wird. Dem Antrag **Beims** wird zugestimmt.

Zum Punkt 5, Gewerkschaftliches, teilt Genosse **Bender** mit, in welcher außergewöhnlich humanen Weise seitens der Polizei die Kontrolle über die Bestimmungen der Gewerbeordnung im Punkte der Sonntagsruhe ausgeübt wird. Auf eine diesbezügliche Vorstellung auf dem Gewerbekommissariat habe man ihm als Beschwerdeführer geantwortet, man dürfe nicht gleich so rigoros vorgehen, da sich die Betreffenden erst an die neuen Bestimmungen gewöhnen müßten. Bender glaubt, daß wenn es sich um Bestimmungen gegen die Arbeiter handelte, man jedenfalls nicht so nachsichtig sein würde.

Nach einer kurzen Diskussion, in der mehrfach Anregungen zur Förderung der Organisationen der Barbiere, Bureauangestellten, Lohnkellner usw. gegeben, wurde die Versammlung um 11¼ Uhr geschlossen.

— **Holzarbeiter gebt acht!** Die heute Sonnabend abend im „Bürgerhaus“, Stephansbrücke, tagende allgemeine Mitgliederversammlung ist derart wichtig, daß vollzähliges Erscheinen notwendig ist. Tagesordnung: Siehe Inserat in der Freitagnummer. —

— **Arbeiterrisiko.** Am Donnerstag verunglückte in der Dampftischlerei von **W. Dittmar** in der Neustadt der Maschinenarbeiter **H. Büttner**, indem er mit der linken Hand in die Fräsmaschine geriet. B. mußte sich sofort in ärztliche Behandlung begeben. —

Aus dem Stadtverordnetensitzungssaale.

Magdeburg, den 20. August 1903.

Der Vorsteher, Herr **Fritze**, eröffnet die Sitzung um 4½ Uhr mit einem Nachruf auf den verstorbenen Stadtv. **Billhardt**, der am 4. d. M. aus dem Leben geschieden ist. Die Versammlung ehrt das Andenken des Verstorbenen in der üblichen Weise.

Darauf teilt der Vorsteher mit, daß er den Stadtvv. **Laaß** und **Brink** zu ihrem 70. Geburtstag und dem Kaufmann **Strauß**, Firma Strauß u. Morgenstern, „wegen seiner Verdienste um den Absatz unsres Zuckers“ zum 25jährigen Geschäftsjubiläum die Glückwünsche der Versammlung ausgesprochen habe. — Eine Stiftung des Herrn **Strauß** zum Zweck der Ausbildung junger Kaufleute wird angenommen.

Nach Vornahme einiger Rechnungsprüfungen und einiger Geldbewilligungen folgt die Aussprache über die Aeußerung des Magistrats zu den Betriebsänderungs-Vorschlägen der

Magdeburger Straßenbahn-Gesellschaft

vom 2. April 1903.

Stadtv. **Pape** als Berichterstatter erklärt, daß der Straßenbahnausschuß sich lediglich auf den Standpunkt des Vertrages stelle und gar keine Ursache habe, zugunsten der Straßenbahn-Gesellschaft von dem Vertrage abzuweichen.

Stadtv. **Keppler** fragt, wie es denn eigentlich mit dem Plan der Verbindung mit dem Rotehorn aussieht.

Stadtrat **Klinghardt** hält dieses Projekt leider zurzeit für aussichtslos. Im übrigen weist Redner die Behauptung von einer „Notlage“ der Straßenbahn-Gesellschaft zurück. Zumal wir noch unter der Einwirkung der Wirtschaftskrise stehen, sei eine Dividende von 5 Prozent keineswegs zu gering.

Stadtv. **Haupt** (Soz.): Es rächt sich jetzt, daß die Stadt auf das Verfügungsrecht über ihre Straßen zugunsten einer Privatgesellschaft auf 50 Jahre verzichtet hat. Vor gar nicht so langer Zeit wurde vom Magistrat beantragt, die Schienen über die Holzjochbrücke zu legen, und es hätte nicht viel gefehlt, so wäre diese Ausgabe anstandslos bewilligt worden. Allerdings wurde nachher beschlossen, die Summe nur zu bewilligen, falls die Straßenbahngesellschaft sich verpflichtet, die Schienen auch zu benutzen. Zwischen der Straßenbahngesellschaft und der Stadt könne es keine Harmonie geben. Unter diesen Umständen sei es ganz ausgeschlossen, daß wir von den geringen Rechten, die wir der Gesellschaft gegenüber haben, auch noch etwas ablassen.

Oberbürgermeister **Schneider** rechtfertigt den mit der Straßenbahn seinerzeit geschlossenen Vertrag. Die Gesellschaft habe damals auf einigen Linien bis 1905, auf andern bis 1917 die Konzession gehabt und hätte sich ohne Verlängerung der Konzession zur Einführung des elektrischen Betriebes ebensowenig wie zum 10 Pfennig-Tarif mit Umsteigekarten bereit erklärt. Die Straßenbahn sei in Magdeburg nicht besser und nicht schlechter wie anderwärts. Im Gegenteil, in bezug auf das Material sei sie sogar besser.

Stadtverordneter **Lippert** protestiert dagegen, daß man Ursache habe mit den Verträgen nicht zufrieden zu sein. Wir würden nicht Ursache haben uns zu freuen, wenn wir das gesamte Aktienkapital, das man doch mit 150 Prozent rechnen müsse, von der Stadt hätte in das Unternehmen gesteckt werden müssen. Die Gesellschaft habe natürlich die Pflicht und Schuldigkeit dafür zu sorgen, daß ihre Aktionäre nicht zu kurz kommen. Jeder, der Recht und Billigkeit anerkennt, muß doch zugeben, daß die Verzinsung von 5 Prozent sehr gering ist. Mir würden als Aktionär 5 Prozent nicht genügen.

Stadtverordneter **Schwarzkopff**: Ich bin nicht der Meinung, daß wir schlecht davongekommen wären, wenn wir das Unternehmen als städtisches begründet hätten. Wir würden dann einfach 15 Pfennig für ein Umsteigebillett nehmen (Große Heiterkeit!) und würden dann freilich nicht so billig wie jetzt fahren.

Stadtv. **Haupt** (Soz.) meint, die Aktionäre hätten ein glänzendes Geschäft gemacht. Jahrelang habe es 10 Prozent gegeben und wenn Herrn Lippert 5 Prozent nicht genügen würden, so beweist das nur, daß er sein Vermögen sehr geschickt anzulegen versteht. Wenn der Herr Oberbürgerbürgermeister meint, das Material sei in Magdeburg besser wie anderwärts, so muß ich dem widersprechen. In München und Nürnberg gibt es z. B. verdeckte Vorder- und Hinterperrons, was sowohl im Interesse der Bediensteten wie des Publikums eingeführt werden müßte. — Bezeichnend sei, daß unser früherer Stadtrat Dr. Oehler, der den Vertrag mit der Straßenbahn abgeschlossen hat, als Erster Bürgermeister von Halberstadt durch Erfahrung klug geworden ist und die dortige Straßenbahn in eigene Regie der Stadt übernommen habe. Anderseits denke er (der Redner) nicht daran, das Verhalten der Gesellschaft gegenüber der Stadt zu rechtfertigen. Er habe, wenn auch nicht dem juristischen, so doch dem moralischen Recht in wiederholten Fällen widersprochen. Die Einrichtung in München und Nürnberg schädigen nach Ansicht mehrerer Sachverständigen die Betriebssicherheit.

Stadtv. **Arendt**: Wenn wir fortwährend auf dem Kriegsfuße mit der Straßenbahn stehen, erreichen wir gar nichts.

Stadtv. **Lippert**: In Halberstadt fahre auf mancher Straßenbahnlinie nur alle 20 Minuten ein Wagen. Deshalb sei ein Vergleich mit unsern hiesigen Verhältnissen unmöglich.

Der Bescheid des Magistrats an die Bahn wird seitens der Versammlung gebilligt.

Beschlossen wird, den Giebel der Heydeckerei für 468 Mark an die Firma Dankwarth u. Richters zu verkaufen, welche mit diesem ihren eigenen Neubau am Breiteweg krönen will; nachdem Stadtv. **Riemann 2** erklärt hat, er sei ganz erstaunt, daß die Herren

Feuilleton.

Erinnerungen eines Arbeitssoldaten.

7

Von Veritas.

Und was soll man schließlich dazu sagen, wenn jemand zur Abteilung versetzt wird, der als Freiwilliger eingetreten, bei einem Bezirkskommando als Schreiber tätig ist, hier in seiner Jugend und Dummheit das ganz [illegible] Zurückziehen, daß er als [illegible] zu Hause [illegible] haben mag, [illegible] Anwendung der [illegible] der Versetzung zur 2. Klasse des Soldatenstandes, [illegible] — [illegible] und [illegible]! — [illegible] durch [illegible] und [illegible] wird!

Den [illegible] dieser „[illegible]“ [illegible] über die [illegible] vom 2. Dezember 18.., die also lautet: „Ich [illegible] mit den in der Armee bestehenden und zu erhaltenden Einrichtungen nicht ferner verbinden, daß Mannschaften von [illegible] ehrlosem Charakter lediglich deshalb von der Truppe nicht entfernt werden, weil sie sich noch nicht (!) in der zweiten Klasse des Soldatenstandes befinden. Ich will daher auf den mir gehaltenen Vortrag hierdurch den kommandierenden Generalen die Befugnis beilegen, [illegible] die Versetzung in eine Arbeiterabteilung zu verfügen, wenn dieselben: a) auf Grund des § 95 des Str.-G.-B.'s für das D. R. [illegible] auf andre Weise in Handlungen oder [illegible] ehrlosen Gesinnung [illegible] wegen Diebstahls, [illegible] Bestrafungen [illegible] erwiesen.“

Ich kann diese lapidare Pragmatik nicht besser illustrieren, als daß ich die Schicksale verschiedener Arbeitssoldaten 1. Klasse erzähle.

Ein in einem badischen Regiment dienender preußischbayrischer Jude sollte nach Rückkehr vom Wachdienst sofort Kartoffeln schälen; er macht sich einer Gehorsamsverweigerung schuldig und kommt auf 6 Monate ins Festungsgefängnis Rastatt. Hier gibt er sich alle Mühe — er war sonst unbescholten — aber wer weiß, wodurch er Anstoß erregt, er wird zur Abteilung versetzt; wohl hatte er öfters „Zapfen gewichst“, aber das ist doch keine Bestätigung einer ehrlosen Gesinnung! — Die erste Zeit hier auf der Abteilung führt er sich gut; ich hatte Gelegenheit mit ihm des öftern über seine häuslichen Verhältnisse zu sprechen. Da bekommt er plötzlich Streit mit einem andern Arbeitssoldaten, er fliegt auf 3 Tage ins Loch! — Der Anfang war gemacht, die Kugel im Rennen! — Zurückgekehrt, schlägt er sich wieder — als Jude hatte er öfters derartige Handgreiflichkeiten zu überstehen —, er fliegt wieder ins Loch und wird nach Verbüßung der Strafe zur [illegible] Klasse versetzt, d. h. er wird von den übrigen Arbeitssoldaten auf eine besondere Stube verlegt, er darf mit den übrigen nicht sprechen, er wird bei der Arbeit schärfer beaufsichtigt und ich muß gestehen, auch schärfer angefaßt. Wie er nun einmal hier gewesen war, [illegible] es nicht lange, daß er trotz der Mahnungen, die wir ihm gaben, er war wieder zu uns zurückgekehrt, da er vier Wochen sich gut geführt hatte, mit einem [illegible] sich einließ, der es wie manch andrer darauf abgesehen hatte, seine Schwächen durch möglichst viele Meldungen zu [illegible]. — Er kommt in Untersuchungshaft; [illegible] gewiß nicht [illegible] und genau zu [illegible], nur wurde nur nach den [illegible] und nach dem Führungsattest, daß er durch [illegible], ungehorsames Benehmen zu Klagen Anlaß gegeben — die Zeiten war 4 Wochen strengen Arrest und Versetzung zur 2. Klasse. — Damit war alles [illegible] er selbst [illegible] aus dem [illegible] [illegible] nicht [illegible] wurde, können wir alle die Befürchtung, daß seine militärische Laufbahn nicht gut abschließen würde. Es dauerte auch nicht lange, da gab es wieder Konflikte mit den Unteroffizieren — bei uns selbst war er sehr beliebt —, er wurde bei jedem Dienst noch schärfer wie die andern angefaßt, hin und her gejagt, bei jeder Gelegenheit angeschnauzt, so daß wir glauben mußten, es wäre Absicht, ihn wieder zu Insubordinationen zu verleiten.

Beim Marsch vom und zum Arbeitsplatze mußte er den Zug beschließen. Das Sprechen ist beim Hinauf- und Hinabgehen des Ehrenbreitsteins gestattet; diese Erlaubnis wurde natürlich zu allerhand spitzen Bemerkungen — sub rosa — gegen die Unteroffiziere ausgenutzt, so daß zuweilen die Unterhaltung verboten wurde. Unser Freund verstand es ganz besonders durch Worte, die laut an andre Arbeitssoldaten gerichtet, auf die Unteroffiziere aber gemünzt und von diesen verstanden wurden, seinem Herzen Luft zu machen; ihm wird das Sprechen untersagt, er gehorcht usw. — Einmal war er am Schluß des Zuges nicht in dem gehörigen Abstande dem ersten Gliede gefolgt, er bekam den Befehl: aufzugehen; er tats; er blieb wieder zurück: „Aufgehen!“ er tats; er blieb wieder zurück usw. — Es konnte ihm nichts angetan werden, denn die Befehle hatte er strikt befolgt. Doch die Absicht war zu durchsichtig, daß sie nicht verstanden werden, den Truppenführer kränken und in Aufregung bringen sollte. Der Unteroffizier ruft einen Gefreiten heran, um einen militärischen Sachverständigen und Zeugen in nächster Nähe zu haben, der dem Sünder zur Seite gehen muß. Da bleibt der unglückliche Kerl wieder etwas zurück, und indem er dem Befehl „aufzugehen“ wiederFolge leistet, hat er das Unglück — an eine Absicht ist nicht zu denken — den Gefreiten mit den vorwärts bewegenden Armen zu berühren!

Das war ein tätlicher Angriff, das endlich ein Faktum, das sich lohnte! — Er kommt in Untersuchungshaft und wird mit 1 Jahr Gefängnis bestraft! — Er der bei der Einstellung durchaus nicht Vergehen begangen hatte, die seine Versetzung rechtfertigen konnten, wurde dadurch, daß das Aufsichtspersonal ihn schärfer und härter anfaßte, wir ihn, weil er isoliert wurde, nicht retten konnten, ins Unglück gestürzt und ich zweifle sehr, ob er heute schon dem Militärdienst entronnen ist.

(Fortsetzung folgt.)

bereit seien, so viel Geld dafür zu geben. Er (Redner) würde nicht die Hälfte dafür zahlen.

Vorsteher Fritze: Ich möchte doch darum bitten, daß wir uns nicht den Kopf zerbrechen, welches Interesse die Herren daran haben.

Eingegangen ist eine Anfrage des Herrn Stadtverordneten Laue an den Magistrat, ob der Magistrat die Erlaubnis zur Aufstellung der unschönen Zeitungsbuden an den verschiedenen Punkten der Stadt erteilt hat.

Stadtv. Lippert billigt die Neueinrichtung. Man hat jetzt oft Schwierigkeiten, wenn man einmal eine Magdeburger Zeitung haben will, geschweige denn eine auswärtige.

Oberbürgermeister Schneider: Wenn Sie beschließen, daß die Zeitungskioske nicht geduldet werden sollen, dann werden sie natürlich verschwinden. Bezüglich der äußeren Gestaltung müssen die Kioske freilich noch verschönert werden.

Vorsteher Fritze hält die Sache für zu bedeutungslos, um dem Magistrat Vorwürfe zu machen.

Stadtv. Niemann 2 rügt die Kioske aus ästhetischen Gründen.

Stadtv. Schwartzkopff beantragt, daß die Sache ausgeschrieben und erst mal angefragt wird, ob sich nicht ein Magdeburger findet, der die Kioske errichtet.

Stellv. Vorsteher Bänsch: Anträge sind aus Anlaß von Interpellationen nicht mehr zulässig.

Stadtv. Haupt (Soz.) ist der Meinung, daß ein Bedürfnis für solche Kioske vorliegt. Der Magistrat hätte aber auch den provisorischen Vertrag der Stadtverordneten-Versammlung vorlegen sollen. In Magdeburg hätte sich sicher ein Unternehmer gefunden, wenn nicht die Polizei wäre. Wir wissen, daß wir infolge unsrer Polizei in Magdeburg in vielen Beziehungen rückständiger sind wie anderwärts, z. B. ist der Versuch gemacht worden, auf der Straße Zeitungen und Reiselektüre zu verkaufen. Was aber geschah? Der betreffende Kolporteur wurde verhaftet. In keiner andern preußischen Stadt ist so etwas noch möglich. Wenn Sie auf den Bahnhof kommen und dort z. B. den „Simplicissimus“ — um ein nichtsozialdemokratisches Blatt zu nennen — haben wollen, so ist Ihnen das nicht möglich, nur weil ein Minister will, daß dort das betreffende Witzblatt nicht gelesen wird. Die Polizei hat ihrerseits die Errichtung der Kioske erlaubt. Man kann aber sicher sein, daß die Polizei am liebsten die Genehmigung zurückziehen wird, wenn der Unternehmer die Zeitungen aller Parteien verkauft. Wir meinen deshalb, daß der neue Vertrag von uns nur gebilligt werden kann, wenn in demselben steht, daß der Unternehmer verpflichtet ist, alle in Magdeburg erscheinenden Blätter zu führen. Nur dann kann der Wunsch des Herrn Stadtrat Klinghardt in Erfüllung gehen, daß ihm Gelegenheit geboten wird, auch von seinem Standpunkt aus „gegnerische“ Blätter zu lesen.

Oberbürgermeister Schneider: Was Herr Haupt will, ist nicht die Sache der Stadtverwaltung. Wir unsrerseits können dem Unternehmer nicht befehlen oder verbieten, bestimmte Zeitungen zu verkaufen. Das hängt lediglich von der Polizei oder auch von der Reichs-Gewerbeordnung ab. — Damit schließt die Besprechung.

Schluß der öffentlichen Sitzung 6¾ Uhr. —

Provinz und Umgegend.

Diesdorf, 21. August. (Der Sozialdemokratische Verein) hält am Sonnabend, 22. August, abends 8½ Uhr, bei Hildebrandt seine Mitgliederversammlung ab. In derselben soll Stellung genommen werden zu der am Sonntag in Westerhüsen stattfindenden Generalversammlung. Jeder sei pünktlich zur Stelle. —

Aschersleben, 20. August. (Metallarbeiter-Verband.) Sonnabend, 23. August, Mitgliederversammlung. Die aufgestellte Tagesordnung bedingt das allseitige Erscheinen der Mitglieder.

Braunschweig, 20. August. (Hermann Scheffler,) ein bekannter Ingenieur, Mathematiker und Physiker, ist hier, 83 Jahre alt, gestorben. —

Calbe a. S., 18. August. (Die Versammlung am Sonnabend,) in welcher unser Abgeordneter Genosse Albert Schmidt-Magdeburg über „Die letzte Reichstagswahl, und was haben wir zu tun, um den Wahlkreis der Sozialdemokratie zu erhalten?“ einen mit großer Begeisterung aufgenommenen Vortrag hielt, war trotz des Feuerwehrfestes und Zapfenstreichs sehr gut besucht. 43 Genossen traten dem Volksverein bei und 2 Abonnenten gewann die „Volksstimme“. —

Halberstadt, 19. August. (Versammlungsbericht.) Am 18. August tagte im „Odeum“ eine gut besuchte Volksversammlung, in welcher der frühere Reichstagsabgeordnete Genosse Antrick-Berlin über das Thema „Die Folgen der letzten Reichstagswahlen“ referierte. Nachdem Genosse Antrick die Angriffe unsrer Gegner zurückgewiesen hatte, führte er aus: Auch in den Reihen der Parteigenossen ist die Frage ventiliert worden: Was nun? Es ist demnach Pflicht unsrer Partei, durch Stärkung der gewerkschaftlichen Organisationen eine bessere wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu erringen, ferner müsse unsre politische Vertretung im Reichstage alles aufbieten, um bessere Arbeiterschutzgesetze, den Achtstundentag, bessere Gewerbeaufsicht, wirklich freies Koalitionsrecht für die Industrie- und Landarbeiter zu erlangen. Ferner müsse eine gerechtere Einführung und Handhabung der Strafprozeßordnung sowie des Strafvollzugs, Schutz vor polizeilichen Uebergriffen, bessere Militärgerichtsbarkeit und Beseitigung der Soldatenmißhandlungen durch Aenderung des ganzen Militärsystems verlangt werden. Wenn nun einige Parteigenossen vorschlagen, mehr „reformatorisch“ und weniger „revolutionär“ aufzutreten und unter allen Umständen die zweite Vizepräsidentenstelle zu fordern, selbst auf die Bedingung hin, zu Hofe zu gehen, so gibt Redner seiner Meinung dahin Ausdruck, daß es eines Sozialdemokraten unwürdig sei zu Hofe zu gehen, zumal man durchaus keine Vorteile für unsre Partei in der Besetzung der Präsidentenstelle erblicken könne.

Folgende Resolution wurde beantragt:

„Die heute, am 18. August, im „Odeum“ tagende Volksversammlung spricht den Wunsch aus, daß unsre Delegierten zum deutschen Parteitag in Dresden gegen die Ansicht der Genossen Singer, Vollmar und Heine in der Präsidentenfrage eintreten.“

Der Antrag wurde angenommen. —

Merseburg, 20. August. (Eine Verurteilung wegen Diebstahls.) Das Hallesche „Volksbl.“ berichtet:

Weshalb Agrarier Anzeige erstatten, das zeigte sich vor einigen Tagen in einer Verhandlung vor dem Schöffengericht. Der Handarbeiter Friedrich Wilhelm R. hier war angeklagt und durch die Beweisaufnahme für überführt befunden worden, im Mai 1903 zu Blösien **eine geringe Menge Bettstroh — eine fremde bewegliche Sache —**, das er von seinem damaligen Arbeitgeber, **Rittergutsbesitzer F., zum Gebrauch empfangen und in Benutzung genommen**, es sonach in seinem Gewahrsam hatte, sich rechtswidrig zugeeignet zu haben, indem er das Stroh, nachdem er sein Arbeitsverhältnis zu F. in Blösien vorzeitig und widerrechtlich gelöst hatte, aus der Arbeiterwohnung mit fortgenommen hat, anstatt es **an das Rittergut wieder zurückzugeben**, bevor er nach Merseburg verzog. Wegen Unterschlagung wurde R. **zu 3 Tagen Gefängnis** verurteilt. Beantragt wurde, deswegen auf **eine Woche** Gefängnis zu erkennen. Der Arbeiter und alle, die dieses lesen, werden wohl jetzt überzeugt sein, mit welcher Fürsorge und welchem Wohlwollen die Agrarier ihre „Leute“ überschütten.

Unbegreiflich erscheint, daß das Gericht sich nicht mit der geringsten zulässigen Strafe von 3 Mark oder doch wenigstens mit einem Tage Gefängnis begnügt hat. —

Oschersleben, 20. August. (Unfall.) Am 19. August vormittags verunglückte auf dem Arbeiterkasernen-Neubau des Amtsrats Wrede hier durch Absturz der Maurergeselle Otto derartig, daß er besinnungslos vom Platze getragen werden mußte. Leider war keiner von den erreichbaren Aerzten zu bewegen, dem Verunglückten die erste Hilfe angedeihen zu lassen, da sie angaben, sie seien keine Kassenärzte. Wir meinen, in einem derartigen Falle erfordert es die christliche Nächstenliebe, seinem Mitmenschen beizuspringen. Schließlich brachten vier Kameraden den Verunglückten nach dem Krankenhause. —

Schönebeck, 20. August. (Arbeit macht glücklich.) In der „Schöneb. Ztg.“ finden wir einen Bericht, den wir uns verpflichtet fühlen zum Abdruck zu bringen, weil er eine köstliche Satire auf unsre Zustände enthält:

Auf der chemischen Fabrik „Hermania“ beging gestern der Arbeiter Eduard Schlüter aus Groß-Salze sein 50jähriges Arbeitsjubiläum, das sich unter Teilnahme der Herren Direktoren, des Kontor- und Betriebspersonals und der Arbeiter zu einer erhebenden Feier gestaltete, an der auch die früheren „goldenen Jubilare“ Jäger, Mürmel und Göbecke teilnahmen, während ein vierter, Stegemann, leider durch Krankheit verhindert war. Im amtlichen Auftrage überreichte Herr Bürgermeister Schimmelmann das von Sr. Maj. dem Könige verliehene **Allgemeine Ehrenzeichen**, dabei in einer ergreifenden, zu Herzen gehenden Ansprache den Jubilar feiernd, der immerdar vorbildlich **treu zu Kaiser und Reich** und zur „Hermania“ gestanden. **Den meisten Zuhörern** standen am Schlusse der Rede **die hellen Tränen in den Augen, so warme Herzenstöne** hatte der Herr Bürgermeister angeschlagen. — Nunmehr begannen die Glückwünsche, wobei Herr Direktor Dr. Reidemeister folgende Ansprache hielt:

Lieber Jubilar!

Eine hohe Auszeichnung ist Ihnen durch Seine Majestät unsern verehrten Kaiser zuteil geworden. Dem Herrn Bürgermeister Schimmelmann danken wir für freundliche persönliche Ueberreichung der Verdienst-Medaille.

Dieser **hohen Ehrung** durch den Staat schließt sich die Anerkennung der „Hermania“ an.

Dieser Fabrik, einschließlich ihrer Vorgängerin, haben Sie 50 Jahre treu gedient. Im Namen der Fabrik spreche ich Ihnen volle Anerkennung hierfür aus. Als äußeres Zeichen dieser Anerkennung hat Ihnen die Fabrik eine **Ehrengabe** zugedacht, die ich Ihnen hiermit im Namen der Fabrik überreiche.

Eine weitere Belohnung tragen Sie in sich selbst: das Bewußtsein, Ihre Schuldigkeit treu und ehrlich getan zu haben; durch diese Arbeit sind Sie glücklich.

Arbeit ehrt
Arbeit nährt
Arbeit macht glücklich.

Dies wiederhole ich heute, ich sagte dies bereits, als einer unsrer Mitarbeiter auch sein Jubiläum der 50jährigen Dienstzeit feierte.

Möge es Ihnen vergönnt sein, noch lange in Rüstigkeit und Glück tätig zu sein und sich mit Ihrer Familie alles **des Guten zu erfreuen, das der Allgütige so reichlich spendet.**

Das walte **Gott!**

Nachdem auch noch Herr Direktor **Wedekind** dem treuen Arbeiter gedankt (die Firma hatte auch für Anerkennung in Klingender Münze gesorgt), sowie die übrigen Anwesenden Wünsche und Angebinde übermittelt hatten, sprach der Jubilar Schlüter, **den Krankheit beinahe an der Feier dieses Tages verhindert** hätte, allen seinen wärmsten Dank aus vom Herzensgrund. Nach beendetem Festakte fuhr er an der Seite des Herrn Bürgermeisters Schimmelmann in der **Equipage** seiner Heimat Gr.-Salze zu, allerdings nur widerstrebend, denn er wollte **auch an seinem Ehrentage arbeiten und fleißig sein**, was ihm selbstverständlich nicht gestattet wurde.

In der Tat ein Musterarbeiter! Obwohl er so krank war, daß er die groteske Feier kaum hatte über sich ergehen lassen können, wollte er doch sogar an diesem einen Tage nicht durch schuldbn Müßiggang seinen leidenden Körper schonen. Bedauerlich ist, daß die „Schöneb. Ztg.“ nicht mitteilt, worin die Ehrengabe bestand und wie groß die Geldsumme war, welche die Fabrik dem königstreuen Arbeiter als Belohnung für die rastlose Arbeit eines halben Jahrhunderts gespendet hat. Groß werden die Gaben wohl kaum gewesen sein; des baren Geldes bedarf ja der greise Proletarier nicht, denn „Arbeit macht glücklich“. Das Gute, welches armen Arbeitern „der Allgütige so reichlich spendet“, dürfte Herrn Schlüter gewiß trösten, selbst wenn die Gratifikation nicht eben glänzend ausgefallen sein sollte.

Das „allgemeine Ehrenzeichen“ wird sicher auch reichlich dazu beitragen, allen Kummer des Jubilars z. B. über die wirtschaftliche Lage seiner Angehörigen zu ersticken. Auch war es sicher ein für den Beneidenswerten sehr erhebender Moment, als ihm das große Glück zuteil wurde, mit einem leibhaftigen Bürgermeister zusammen in einer Equipage zu fahren. Wir beneiden das Oberhaupt der Stadt Groß-Salze übrigens um seine Redegabe. Die meisten Zuhörer — erwachsene Männer! — wußte er zu Tränen zu rühren. —

Kleine Nachrichten aus dem Lande. In Niegripp gingen die dem Fuhrwerksbesitzer Herrn Zeine dortselbst gehörigen Pferde mit dem Wagen durch. Das eine Pferd erlitt bei dem Anprall gegen einen Baum derartige Verletzungen, daß es sofort verendete. — Der Urheber des am 11. d. M. im Botenzimmer des Landratsamts in Burg ausgebrochenen Brandes ist noch immer nicht ermittelt. Jetzt sind von der Provinzialstädte-Feuersozietät 300 Mark Belohnung auf die Entdeckung des Brandstifters ausgesetzt. — Bei einer nochmaligen Beschlußfassung in einer stark besuchten Generalversammlung des Landwehr- und Kriegervereins in Tangermünde wurde der jüngst abgelehnte Antrag des Vorstandes, zwei Sozialdemokraten aus dem Verein auszuschließen, mit allen Stimmen angenommen. — In dem Dorfe Stapen bei Gardelegen wurde vor einigen Tagen der Arbeiter Trippler auf der Dorfstraße erschlagen aufgefunden. Nachdem eine Gerichtskommission an Ort und Stelle war, sind die Besitzerssöhne Feßke-Stapen und Voigt-Klein-Gischau wegen schweren Verdachts des Totschlags verhaftet worden. Die Angelegenheit erregt, da es sich um Söhne angesehener Väter handelt, größtes Aufsehen. — Beim Dreschen von Getreide in Rathmannsdorf geriet der 19jährige Landwirtssohn Lachner aus Knapendorf bei Merseburg in die Transmission der im Gange befindlichen Maschine und wurde mit herumgezogen. Die Kleider sind ihm förmlich vom Körper gezogen, ein Arm ausgerissen und sonst die Gliedmaßen gebrochen. Bald nach seiner Einlieferung in das Krankenhaus „Bergmannstrost“ starb der Unglückliche. — In Leopoldshall rettete der 14jährige Knabe Ernst Siebenhüter einen andern Schulknaben namens Richter vom Tode des Ertrinkens. —

Marktberichte.

Magdeburg, 20. August. (Amtliche Notierungen.) Die Notierungen verstehen sich für 1000 Kilo netto ab Station und frei Magdeburg. Weizen englischer Sommer-, ruhig, neu: gut 153—156, mittel 148—152, gering bis 140, do. Kolben-Sommer- gut ———, mittel ——, gering ——, Rauh- gut ———, mittel ———, gering bis —, do. ausländischer gut 170—175. — Roggen inländischer, ruhig, gut 131—133, mittel 128—130, gering bis 125, do. ausländischer, gut 137—139. — Gerste hiesige Chevaliers, unveränd., gut 152—162, mittel 145—150, gering —, Landgerste, gut 140—148, mittel 135—139, gering —, Landgerste, gut 140—148, ausländische Futtergerste, gut 117—119. — Hafer inländischer, still, gut 137 bis 142, mittel 132——135, gering bis 125. — Mais, under, ruhig, gut 118—120, amerikanischer bunter gut 121—123. — Erbsen, hiesige Viktoria-, gut 190—210, do. grüne Folger, gut 210 bis 220. —

Wasserstände.

+ bedeutet über — unter Null.

Elbe.

					Fall	Wuchs
Pardubitz	18. Aug.	+ 0.90	19. Aug.	+ 0.84	0.06	—
Brandeis	„	+ 0.52	„	+ 0.78	—	0.26
Melnik	„	— 0.12	„	+ 0.26	—	0.38
Leitmeritz	„	— 0.24	„	+ 0.02	—	0.26
Außig	19. „	+ 0.26	20. „	+ 0.50	—	0.24
Dresden	„	— 1.39	„	— 1.10	—	0.29
Torgau	„	+ 0.29	„	+ 0.46	—	0.17
Wittenberg	„	+ 1.04	„	+ 1.01	0.03	—
Roßlau	„	+ 0.41	„	+ 0.40	0.01	—
Barby	„	+ 0.58	„	+ 0.56	0.02	—
Schönebeck	„	+ 0.44	„	+ 0.39	0.05	—
Magdeburg	20. „	+ 0.75	21. „	+ 0.75	—	—
Tangermünde	19. „	+ 1.16	20. „	+ 1.12	0.04	—
Wittenberge	„	+ 0.88	„	+ 0.82	0.06	—
Broda-Dömitz	„	+ 0.37	„	+ 0.31	0.06	—
Lauenburg	„	+ 0.47	„	+ 0.40	0.07	—

Buckau (nur) Schönebeckerstrasse 33 Buckau

Schuhwaren-

Total-Ausverkauf

wegen Auflösung des Geschäfts.

Spottbillige Preise.

Buckau 33 Schönebeckerstrasse 33 Buckau

Heute und folgende Tage
Ausnahmetage

Man beachte unsre 4 Fenster!!

Gutschein!
Ausschneiden!
Mitbringen!
Beim Einkauf von 5.00 Mk. an wird dieser Coupon mit **30 Pf.** in Zahlung genommen.

Größte Auswahl

Herren-

Zugstiefel	von 4.90 an
Schnürstiefel	von 5.50 an
Schnallenstiefel	von 8.50 an
Lackstiefel	von 8.50 an
Schaftstiefel	von 5.80 an
Halbschuhe	von 3.90 an
Segeltuchschuhe	von 2.90 an
Sandalen	von 4.00 an
Hausschuhe	von 2.80 an
Lastingschuhe	von 3.00 an
Pantoffeln	von 25 Pf. an

Kinder-

Knopfstiefel	von 1.50 an
Schnürstiefel	von 1.50 an
Halbschuhe	von 0.58 an
Segeltuchschuhe	von 1.20 an
Babyschuhe	von 0.58 an

Auf sämtliche
farbige Schuhe und Stiefel
gewähre bis zu
20 Prozent Rabatt

Damen-

Knopfstiefel	von 4.90 an
Schnürstiefel	von 4.90 an
Zugstiefel	von 3.40 an
Halbschuhe (Schnür- u. Spange)	von 2.90 an
Lastingschuhe	von 0.95 an
Weiße Halbschuhe	von 2.90 an
Weiße und graue Stiefel	von 7.50 an
Wiener Halbschuhe	von 4.50 an
Lackschuhe	von 1.90 an
Hausschuhe	von 2.50 an
Pantoffeln	von 0.25 an

Eigene Fabrik

Vereinigte Schuhfabriken A.-G.

vorm. Deutsch-Amerik. Schuhfabrik

nur 159 Breiteweg 159, im Ulrichsbogen. 440

Möbel! Möbel!
sowie
ganze Aussteuerungen von 100 Mk. an, 250 Mk., 300 Mk. bis 3000 Mk. in nur gediegener, solider Ausführung, unter nachsichtiger Garantie, empfiehlt 271

M. Kelling
Schreiberstr. 1a
zweites Haus vom Breiteweg aus.
Eigene Tapezierer- u. Tischlerwerkstatt im Hause.
Transport frei.

Auktions-Haus
Jedwede ad. Art zur öffentl. Versteigerung nimmt entgegen
G. Volk, Auktionator,
Schwertfegerstr. 14.

Billig 242
kaufen Sie Herren-, Damen- u. Kinder-Schuhe u. -Stiefel aller Art, sowie Herren-, Knaben- und Arbeiter-Garderoben bei
G. Volk, Schwertfegerstr. 14.

Bringe mein großes 130
Alt- u. Gebrauchtgut
in empfehlende Erinnerung.
Campioni
Neustadt, Elbestr. 194.

In billigsten Preisen empfehle moderne
Herren- u. Knaben-Anzüge
Winter- u. Sommer-Jackets 423
Einzelne
Jackets u. Hosen
sowie Stattliche
Arbeitsgarderobe
Max Herzberg
Schönebeckerstr. 1.

Calbe a. S.
Wilhelm Rueff
Querstrasse 1.

Billigste Bezugsquelle in 353
Herren- und Knaben-Garderobe.
Arbeiter-Kleidung
aller Art.
Enorm billige Preise.

A. Sengebusch, Sudenburg.
Kurze Zeit **Ausnahme-Preise** für
Krawatten und Wäsche
Strümpfe, Wolle, Herdschürze 438
Besätze, Stickereien u. Saison-Artikel.

W. Ebert
Tischlermeister 352
Grünearmstrasse 6
empfiehlt sein reichhaltiges Lager in
Möbeln
Spiegel und Polsterwaren
zu bekannt billigen Preisen.

Alle Sorten Wurst
Speck und Schinken
frisches Schweinefleisch
Sonnabend: 12
warme Knoblauchwurst
empfiehlt
E. Glaser, Immermannstraße 16.

Der Fette von
Waldkaninchen
das Stück zum 50 und 80 Pf. an, treffen am Sonnabend ein bei
Geschwister Herwig
Boleckstraße 5. 441

Luisenpark
Sonnabend und Sonntag
Schlachtfest.

Luisen-Park
Sonntag den 23. August, von 4 Uhr ab
Preiskegeln 175
Ausgespielt wird: 1 Gans, lebende Hühner und Hähner sowie Schlachtvieh, Wein, Sekt und Zigarren.

Freie Religions-Gesellschaft.
Fest-Vortrag
des Predigers der deutsch-katholischen Gemeinde zu Wiesbaden Herrn **G. Welker** am **Montag den 24. August, abends 8½ Uhr**, im **„Luisen-Park"**, Spielgartenstraße.
Thema: **Ist Religion Privatsache?**
Die Verhandlungen der 20. Bundesversammlung finden am Montag den 24. und Dienstag den 25. August, von morgens 8 Uhr an, im **Gemeindehause, Marstallstraße 1**, statt. 439

Oeffentl. Versammlung
aller an
der Elbe im Stadtteile Buckau beschäftigten
Elb-, Hafen- u. Speicherei-Arbeiter u. -Arbeiterinnen
am Sonntag den 23. August, vormittags 11 Uhr,
im „Thalia"-Saal in Buckau, Dorotheenstraße 14.

Tages-Ordnung:
1. Die letzten Ereignisse bei der Firma H. Brandt (Magistratsstrecke) in Buckau. 2. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen der bei der Firma Kretzenstein beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. 3. Freie Diskussion.

Werte Kollegen! Die Versammlung ist deshalb zu Sonntag vormittag einberufen, damit auch den nicht in Buckau beschäftigten Kollegen Gelegenheit gegeben ist, an dieser für alle Elb- und Hafenarbeiter Magdeburgs wichtigen Versammlung teilzunehmen.

Kollegen! Es gilt gegen die überschwengliche „Arbeiterfreundlichkeit" einzelner Unternehmer zu protestieren. Es ist daher Pflicht aller Kollegen, in dieser Versammlung pünktlich zu erscheinen. 422

Der Einberufer.

Frohse a. Elbe.
Freitag den 21. August, abends 8 Uhr
im Ratskeller
Große Volksversammlung.

Tages-Ordnung:
Was lehren uns die verflossenen Reichstagswahlen und was haben wir zu tun, den Wahlkreis der Sozialdemokratie zu erhalten? Referent: Reichstagsabgeordneter **Albert Schmidt.**

Nach dem Vortrage findet daselbst eine 431
Parteiversammlung
statt zur Erledigung der Delegiertenwahl zur Kreiskonferenz.
Der Vertrauensmann.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität"
Bezirk Magdeburg Sonntag den 23. August in Burg **Bezirksfest**
in sämtlichen Räumen des „Grand Salon"
Programm: 11 Uhr: Gartenkonzert; 3 Uhr: Festkurse; 4 Uhr: Portog, Gartenkonzert, Ball und Kinderbelustigungen; von 7 Uhr ab: Reigen- und Kunstfahren, Radler-Pyramiden und Radler-Pantomime. — Programm-Verkaufsstellen in Burg: Heinrich Reinecke, Markt 13; A. Brennecke, Scharmauerstraße 44; R. Uebe, Brauerei 46; Ch. Siemens, Unterm Hagen; E. Bittkau, Jakobistraße; W. Bilz, Großer Hof; Arno Bergmann, Bahnhofstraße; Paul Schumann, „Grand Salon". — Programm 25 Pf.
Um recht zahlreiche Teilnahme bittet
Der Festausschuß.

Sudenburg.
Sonnabend
frische Wurst
Fr. Goeseke
Kurfürstenstr. 32. 180

2 tüchtige Ofensetzer
finden lohnende Beschäftigung bei
A. Teichmann, Blumenthalstr. 9

Tapezierer- u. Dekorateur-Lehrling unt. günst. Bed. sof. ges. Wilh. Thormann, Grünearmstr. 11 III.

J. Mdch., w. d. Damenschn. grdl. Lw. z. 1. Sp. o. 1. Okt. ges. Johannbg. 15a, III.

Viktoria-Theater.
Sonnabend den 22. August 1903.
Gastspiel des Hrn. Leon Resemann.
Der Ausflug ins Sittliche.
Sonntag den 23. August 1903.
Preciosa.

Standesamt.

Magdeburg, 20. August.
Eheschließung: Arbeit. Otto Brehmeier mit Lucie Müller.
Todesfälle: Charlotte, T. des Kaufmanns Gustav Azzalino, 3 M. 1 T. Walter, S. des Tapezierers Max Ahrenberg, 1 M. 3 T. Kurt, S. des Arbeiters Karl Wille, 3 M. 10 T. Arbeiter Otto Mittendorf, 22 J. 7 M. 6 T. Berta geb. Altmann, Ehefrau des Arbeiters Hermann Bater, 59 J. 11 M. 6 T. Lisbeth, T. des Stockmachers Willi Dittmann, 2 M. 28 T.

Sudenburg, 20. August.
Aufgebote: Former Hermann Möwes mit Anna Elisabeth Kaatsch. Schlosser Johann Ernst Robert Händel hier mit Gertrud Wangenheim in Magdeburg.
Geburten: Anni, T. des Fabrikaufsehers Wilhelm Krause. Ella, T. des Fabrikportiers Heinrich Prätz. Hermann u. Walter, Zwill. des Arbeiters Hermann Hoffmann.
Todesfälle: Lucie, T. des Arbeiters Karl Rosenplenter, 2 M. 20 T. Nachtwächter Jul. Schwedt aus Randau, 37 J. 2 M. 6 T. Berta, T. des Drehorgelspielers Alb. Ipendahl, 9 J. 3 M. 7 T. Erna, T. des Drehorgelspielers Alb. Ipendahl, 5 J. 2 M. 17 T. Wilhelmine geb. Weiß, Ehefr. des Bürstenmach. Emil Böttger, 30 J. 9 M. 4 T. Hermann, S. des Arbeiters Herm. Hoffmann, 1 T. Walter, S. des Arbeiters Herm. Hoffmann, 1 T. Frida, T. des Arb. Herm. Wandrey, 3 M. 27 T. Helene Peschek, unverehelicht, 21 J. 1 M. 28 T.

Buckau, 20. August.
Eheschließung: Kaufmann Otto Wilhelm Gustav Wenzel in Magdeburg mit Elise Bethge hier.
Geburten: Mathilde, T. des Schlossers August Behrens. Ernst, S. des Arbeiters August Beckmann. Adelheid Gertrud, unehelich. Albert, S. des Schlossers Albert Doetz. Willi, S. des Lackierers Albert Fricke. Otto, S. des Arbeiters Otto Schulze.
Todesfälle: Erna Anna Martha, unehelich, 25 T. Arbeiter Wilhelm Fehse, 40 J. 9 M. 28 T. Elisabeth, T. des Handelsm. Willi Trappe, 7 M. 29 T.

Neustadt, 20. August.
Aufgebot: Maurer Paul Otto Max Heinemann mit Witwe Wilhelm. Auguste Charlotte geb. Müller.
Geburten: Paul, S. des Arb. Friedrich Orczeck. Erich, S. des Eisenb.-Rangier. Gust. Otto. Kurt, S. des Arbeiters Ferd. Hermenau. Kurt Wilhelm, unehel. Erich, S. des Rang.-Arbeiters Gottfr. Rein. Martha, T. des Arb. Michael Kups. Käthe, T. des Zimmermanns Karl Koeßel.
Todesfälle: Willi, S. des Maurers Wilhelm Günther, 11 M. 6 T. Willi, S. des Arbeiters Gust. Hille, 5 M. 3 T. Elisabeth, T. des Arbeiters Ferdinand Müller, 10 M.

Aschersleben.
Aufgebote: Arbeiter August Brenner mit Marianne Hampf. Bergarbeiter Willi Winter mit Selma Ebers.
Todesfall: Dienstmagd Marie Wenske, 21 J. 11 M. 11 T.

Burg, 19. August.
Todesfall: Luise, T. des Telegraphenarbeiters Karl Dietz, 3 J. 8 M.

Vom 20. August.
Geburten: S. des Arbeiters August Willberg. S. des Schuhmachers Eduard Gunkel. T. des Kutschers Robert Otto. T. des Handelsmanns Ferdinand Schulze. T. des Tischlers Emil Riegisch.
Todesfälle: Emma, T. des Drechslers Wilhelm Conrad, 1 M. Charlotte, T. des Tischlers Emil Horn, 11 M.

Schönebeck.
Geburten: Otto, S. unehelich. Franz, S. des Friseurs Franz Matthias. Elisabeth, T. des Maurers Paul Drager.
Totgeboren 6. [illegible]

noch einmal die Ursachen, die die Veranlassung zur jetzigen Empörung der Arbeiter gegeben haben. Die Ueberstundenwirtschaft mit all den Begleiterscheinungen, hohe Krankheits- und Unfallziffer, Zerstörung des Familienlebens, Vernachlässigung der eigenen Bildung und der der Kinder ist es gewesen, deren Beseitigung die Kollegen verlangten. Zum wenigsten sollte da, wo in Ausnahmefällen Ueberstunden verlangt werden, eine höhere Bezahlung eintreten. Der Arbeiterausschuß sei mit der Uebergabe der Resolution an die Betriebsleitung betraut worden, hätte dies aber, ohne auch nur einen Grund anzugeben, abgelehnt. Die Ortsverwaltung des Metallarbeiter-Verbandes habe sich daraufhin veranlaßt gesehen, die Resolution mit einer eingehenden Begründung an den Mitinhaber und Chef Herrn Richard Garrett zu senden. Dieser habe in einem Schreiben „bedauert", nicht in der Lage zu sein, die gestellten Forderungen resp. das Schreiben an die Firma weitergeben zu können. Durch die Arbeitsordnung sei festgelegt, daß nur der Arbeiterausschuß als Vermittler zwischen Arbeitern und Fabrikleitung fungieren dürfe. Brandes kritisierte diese beiden Antworten und den Unfug, der hier mit den Arbeitern getrieben würde. Bezüglich des Ueberstundenunwesens sei dennoch eine Besserung eingetreten. Zurzeit werden gar keine mehr gemacht. Bezüglich der Erfüllung der andern Forderungen würde die Organisation schon sorgen, daß dieselben in nicht allzu ferner Zeit verwirklicht werden. Wenn die Firma glaube, auf dem Wege Ruhe zu bekommen, den Meister Lachmann eingeschlagen habe, nämlich eine Reihe von Leuten, die seit Jahren dort beschäftigt sind, zu entlassen, dann irre sie sich. Soweit diese organisiert sind, werden sie nicht untergehen. Vielleicht aber wolle Lachmann wieder einen Vetter unterbringen, wie zu Neujahr, wo auch 6 Mann entlassen wurden, angeblich „wegen Arbeitsmangels", und einige Tage darauf der Bruder Lachmanns eingestellt werden mußte. Brandes kritisierte hierauf noch die Zustände in der Gießerei und Kesselschmiede. Auch hier seien Androhungen erfolgt, bei einer eventuellen Kritik eine Anzahl Kollegen auf die Straße zu setzen. Das hindere ihn aber nicht im geringsten, Mißstände zur Sprache zu bringen. Zunächst sei die ganze Gießerei niedrig, ungesund und unpraktisch. Abzüge von 10, 15, 20, zum Teil bis zu 50 Prozent seien zu verzeichnen. Diese Abzüge würden noch verschärft durch den Fortfall der Zubereitung von Kohlensand, durch Fehlen von Kohle, Sand, Formerstifte, Eisen usw. Ausschuß wird nicht bezahlt, auch poröser nicht, obgleich die Schuld nicht dem Former, sondern der Zusammensetzung des Eisens zuzuschreiben sei. Am Rechnungstage kommen Zettel heraus, worauf Arbeit als fehlend bezeichnet wird, die längst angefertigt ist. Kann diese nicht nachgewiesen werden, dann müssen die Arbeiter dieselbe noch einmal machen, aber gratis. Häufig fehle auch den Leuten Geld, 6 Mark, 11 Mark, und müßten die Leute dann immer bis zur nächsten Zahlung warten. Die Reinigung der Werkstatt läßt ebenfalls viel zu wünschen übrig. Die Waschvorrichtung, weil defekt, ist nicht in Gebrauch, dazu kommen ungerechte Festsetzungen von Strafen usw., das sei das Bild der Gießerei. In der Kesselschmiede sei trotz der ungeheuren Quälerei den ganzen Sommer 12—18 Stunden gearbeitet worden. Auch hier seien schlechte Akkordpreise gewesen und dennoch 10 Prozent im Frühjahr abgezogen. Wer die Stunde 50 Pf. verdienen wolle, müßte sich wie ein Vieh quälen. Die Folgen könne man auch jedem der Arbeiter ansehen. Die Gesundheit werde total ruiniert. Verwunderlich wäre es nicht, wenn es wieder zu einem Ausbruch wie Anfang 1900 käme. So seien die Zustände überall tieftraurige und eine durchgreifende Besserung notwendig. (Lebhafter Beifall.)

In der Diskussion nahm der Vertreter des Ausschusses Dreher Schmidt das Wort, um zu erklären, daß sie umgangen seien und folglich keine Ursache hätten, die Resolution zu vertreten. In die Enge getrieben, gestand er aber ein, daß der jetzige Ausschuß nur von 22 Mann gewählt sei und folglich von ihm nicht das gewünschte Vorgehen verlangt werden könne. Er — Schmidt — sei gern bereit, andern Platz zu machen, die jünger seien und energischer die Forderungen der Arbeiter vertreten würden. An der Diskussion beteiligten sich noch die Kollegen Bauer, Gorgas und Pabel. Bauer tadelte die laue Haltung der Holzarbeiter im Betriebe, die, trotzdem sie noch ungünstigere Arbeitsbedingungen hätten als die Metallarbeiter, dennoch untätig beiseite ständen. Auch Gorgas widmete seine Ausführungen speziell den Mißständen bei den Holzarbeitern, während Pabel die traurige Stellung kennzeichnete, welche die Kollegen des Gewerkvereins (Hirsch-Dunckersche) auch bei dieser Gelegenheit wieder eingenommen haben. — Mit der Annahme folgender Resolution fand diese Versammlung ihren Abschluß:

Die heutige Fabrikversammlung erklärt, daß sie die Abweisung der Resolution durch Arbeiterausschuß und Direktion zu würdigen versteht. Sie verspricht, mit aller Energie dafür zu sorgen, daß auch der letzte Mann sich der Organisation anschließt, um zu geeigneter Zeit ebenso rücksichtslos, wie die Firma jetzt die Forderungen der Arbeiter zurückweist, derselben jede Ueberstundenarbeit zu verweigern, dafür aber Lohn und Akkordpreise auf eine Höhe zu bringen, die auch bei normaler Arbeitszeit einen anständigen Verdienst garantiert.

Die Versammlung erklärt ferner den jetzigen Ausschuß für ungeeignet zur Wahrnehmung der Interessen der Arbeiter und verpflichtet sich, bei passender Gelegenheit eine bessere Auswahl zu treffen. —

Letzte Nachrichten.

(„Herold", Depeschen-Bureau.)

Toulon, 21. August. Ein Taucherboot des Hafens, in welchem sich 13 Mann befanden, kippte infolge eines Windstoßes um. Von den Insassen konnten sich nur sieben durch Schwimmen retten, während die übrigen ertranken. —

Paris, 21. August. „Lanterne" veröffentlicht eine Zuschrift der beiden Neffen und des Bruders des Marschalls Bazaine, worin diese erklären, daß ihre Familie niemals in irgend welchen Beziehungen zu den Familien Humbert und Naurignac gestanden habe. —

Paris, 21. August. (Eig. Drahtber.) „La croix" meldet: In Lyon sind 14 Unteroffiziere des dortselbst garnisonierenden 154. Regiments wegen Unterschlagungen verhaftet worden.

Paris, 21. August. (Eig. Drahtber.) In Crois de Colombes stürzte ein Neubau ein, wobei 5 Arbeiter getötet und 2 tödlich verletzt wurden. —

Paris, 21. August. (Eig. Drahtber.) Wie gerüchtweise verlautet, beabsichtigt die Gruppe der Freidenker, eine Kundgebung gegen die nationale Pilgerfahrt nach Lourdes am 25. August zu veranstalten. Die Gemeindebehörden haben bereits Vorkehrungen zur Verhinderung von Unruhen getroffen. —

Wieder ein verfehlter Polizeicoup.

Stendal, 21. August. (Privat-Drahtb.) Die Strafkammer des Landgerichts sprach soeben mehrere Genossen, die vom Schöffengericht wegen Verbreitung von Flugblättern unglaublicherweise verurteilt worden sind, in der Berufungsinstanz frei. Die Kosten hat der Staat zu tragen. — Da noch mehrere Prozesse vor den Schöffengerichten des Wahlkreises Stendal-Osterburg schweben, werden die Angeklagten gut tun, sich auf dieses Urteil des Landgerichts zu berufen. —

Vereins-Kalender.

Anzeigen unter dieser Rubrik kosten pro Zeile 5 Pf., die vorher zu bezahlen sind.

Zentral-Verband der Schmiede. (Zahlstelle Magdeburg.) Sonnabend den 22. d. M., abends 8½ Uhr, außerordentliche Mitglieder-Versammlung bei A. Bartels, Neue Neustadt, Fabrikenstraße 5-6. — 632

Verband der Sattler u. verw. Berufsgen. Mitglieder-Versammlung am Sonnabend den 22. August in der „Burghalle". —

Verband städtischer Arbeiter. Sonnabend den 22. August, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung bei Alb. Vater, Knochenhauerufer 28. Die Kollegen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. —

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter. (Filiale Sudenburg.) Jeden Sonnabend, abends 8—10 Uhr, Zahlabend bei Albert Naumann, Michaelstraße 16, und jeden Montag nach dem 1. und 15. j. Mts. Zahlabend in „Stadt Leipzig", Leipzigerstraße 39. — 2?

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der d. Wagenbauer, Filiale N. Neustadt. Sonnabend Zahlabend bei Möhring, Schmidtstr. 58.

Mitglieder des Arb.-Radfahrerbundes „Solidarität". Sonntag vorm. 8½ Uhr Abfahrt nach Burg zum Bezirksfest. Treffpunkt: Zitadelle. —

S. Warenhaus S. Pincus P.

Kaiserstrasse 20

Sonnabend den 22. August 1903

Kaffee! Sonstiger Wert das Pfd. 1 Mk. 29 Pf.

An diesem Ausnahmetage ½ Pfund nur

Von morgens 8 Uhr ab. Vorzügliche Mischung.

H. Reichardt, Magdeburg-Neustadt Lübeckerstraße 120 a

offeriert für jetzige Saison in bekannt großer Auswahl:

Herren-Segeltuchschuhe mit starker Lederkappe v. Mk. 3.50 an
„ Wichsleder-Zug- u. -Schnürschuhe „ Mk. 4.75 „
„ „ Zugstiefel . . . . . „ Mk. 5.25 „
„ „ Schnürstiefel . . . . „ Mk. 6.50 „
„ Boxcalf-Schnürstiefel . . . . . „ Mk. 9.75 „
Damen-Zeugschuhe für Straße und Haus . . „ Mk. 1.20 „
„ Wichsleder-Spangenschuhe . . . . „ Mk. 3.00 „
„ „ Knopf- u. -Schnürschuhe „ Mk. 3.75 „
„ „ Knopf- u. -Schnürstiefel „ Mk. 5.25 „
„ Boxcalf-Knopf- u. -Schnürstiefel, eleg. „ Mk. 8.00 „
„ farbige „ „ „ Mk. 6.00 „
Mädchen-Knopfstiefel, Nr. 23/35, genagelt, Mk. 2.25 bis Mk. 4.25
Knaben-Schnürstiefel, Nr. 23/35, genagelt, extra stark, Mk. 2.25 bis Mk. 4.25

Farbige Knaben- und Mädchenstiefel zu billigsten Preisen.

Neuheiten in hocheleganten Stiefeln — Goodyear-Welt- für Herren, Damen und Kinder.

Großes Lager in Hausschuhen, Turnschuhen, Sandalen und Pantoffeln zu billigsten Preisen. 217

Leder-Ausschnitt

sowie Leisten und Schuhmacher-Bedarfsartikel kaufen Sie am besten und billigsten bei 379

Meyer Michaelis, Gr. Marktstraße 8.

Gegründet 1864

Kohlen-Einkaufs-Vereinigung.

Bis auf weiteres liefern wir aus neu vorliegendem Kahn nach amtlichem Gewicht die vorzüglichen

Prima Karbitzer Stückkohlen für 64 Pf.

frei Keller. Bestellungen ab 20 Zentner nehmen bei gleichzeitiger Zahlung entgegen die Herren: W. Lene, Falkenbergstr. 2, (nur vormittags); Buchlow, Schifferstr. 24 II; U. Cremler, Heydeckstr. 8, pt.; H. Manger, Annastr. 27 I; A. Bremer, Halberstädterstr. 112 III („Eiskeller"); Kirchberg, Ambrosiusplatz 1, II; Scholze, Schönebeckerstraße 24, Eingang Dorotheenstraße. 443

Gute Schütte, sogen. Bäckerkohle, geben wir, soweit der Vorrat reicht, mit 30 Pfg. per Ztr. ab Der Vorstand.

Zur Einführung meines

allerfeinsten Weizenmehls

das Pfd. 14 Pf., 5 Pfd. 65 Pf.

gebe laut untenstehenden Gutscheins

je 1 Pfd. Mehl gratis.

Butterhdlg. „Edelweiss"

40 Halberstädterstraße 40 439

Gutschein. Gültig bis incl. 31. August 1903.

Vorzeiger dieses erhält bei Einkauf von einem Pfund Hero-Margarine, anerkannt das Feinste für Tafel und Küche, das Pfund nur 75 Pf.

1 Pfd. Weizenmehl gratis, ohne Rabatt.

Butterhdlg. „Edelweiss" Sudenburg Halberstädterstr. 40

H. Lublin

Vor-Anzeige!

Montag den 24. bis Sonnabend den 29.

Sensationelles

Kurzwaren-Angebot!

Paul Meissner & Co.

Zigarren-Fabrik

Fabrik und Haupt-Geschäft:

Schrotdorferstraße

— neben dem Gasthof „Zum goldenen Stern". —

Neu eröffnet! 2. Geschäft Breiteweg No. 253 Eckhaus Blumentalstrasse.

Filiale Sudenburg:

Otto Fulbrecht, Halberstädterstr. 117.

Filiale Burg:

Emil Bittkau, Jacobistraße 5.

Verkauf deutscher Sorten Zigarren vom Dutzend ab zu den bekannten Original-Mille-Preisen.

Alle 5 Pf.-Sorten, zur Cassiren, Brasil, Burgunder, Emmaus, Dutzend 45 Pfg. 100 Stück 3.25 Mk.

Alle 6 Pfg.-Zigarren (fein und leicht sind Nr. 65, Nr. 66, kräftig und edel Nr. 62, Nr. 11 Pfälzer usw.). Dutzend 50 Pf., 100 Stück 4.00 Mk.

Alle 7 Pfg.-Sorten, Dutzend 60 Pfg., 100 Stück 4.75 Mk. — Hamm-Sorten sind darunter Nr. 960, 70, 76, 78, Stolz-Eule 2c.

Alle 8 Pfg.-Sorten, Dutzend 70 Pf., 100 Stück 5.75 Mk. (Nr. 88, 81, 87, 89, Emmaus-Hamm).

Alle 10 Pfg.-Sorten, Dutzend 90 Pfg., 100 Stück 7.00 Mk. 379

Daher beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer und Private. — Versand nur gegen Nr.

Alle Marken eigenes Fabrikat, garantiren nur aus reinen Überseeblättern, keinen und reellen Fabrikate in hiesiger Zeitung bezahlt.

Reine Betriebs-Ware!

Reine südbeutschen Pfälzer-Zigarren!

Ferner empfehlen für Wiederverkäufer

Zigaretten

aller bestbekannten Fabrikate.

Importartikel: Marke Regina, 1000, Reina, Reiter, Hamam, Unique Minerva, Ellipse usw.

Kommen: Marke Wolf, Wallmacher.

Vorräthig: Marke Salem Aleikum. 355

Rauchen: Marke Bostanzi, Murzuk.

Rauchmann: Marke Louis, und noch viele andere Sorten.

Kurz, es ist zu:

Original-Fabrik-Mille-Preisen.

Direkt vom Fabrikanten kauft man am besten durch Vermeidung jeglichen Zwischenhandels und jeglicher Zwischenhändler.

Sie wundern sich

dass ich bei meinem geringen Einkommen doch immer so elegant gekleidet gehe?

Das ist begreiflich!

Ich kaufe alle meine Garderobe in dem bestrenommierten Konfektionshause **Ehrenfried Finke.**

Sie kaufen dort bei streng festen Preisen sehr billig und reell. Machen Sie einen Versuch und Sie werden alle Ihre Bekannten veranlassen, nur bei **Friedel Finke** zu kaufen.

Wer

seine Wäsche schonen will,

gebrauche

Dr. Thompson's Seifenpulver.

Sohlleder-Ausschnitt

sowie sämtliche Schuhmacher-Bedarfs-Artikel zu den billigsten Preisen empfiehlt 391

Joseph Kullmann

vormals Röder & Drabandt

25 Jakobstrasse 25.

Hanna Vanna-Zigaretten

Hochgenuß für jeden Raucher

à 2 Pf., 3 Pf., 4 Pf., 5 Pf.

sind in allen besseren Zigarren-Geschäften zu haben.

391

Wenig gebrauchte 278

Nähmaschinen

zum Preise von 35 bis 60 Mk. sind stets vorrätig. Neue **Nähmaschinen** aller Systeme unter Garantie in billigster Preislage.

A. Rose, Breiteweg 264.

Gewissenhafte Ausführung von **Nähmaschinen-Reparaturen** aller Art zu billigsten Preisen.

Schuhwaren

Billig! Billig! Billig!

Herren- u. Damenstiefel, Stiefeletten, Turn-, Strand- und Kinderschuhe, Pantoffel sowie alle andern Sorten feinere Schuhwaren. 132

Ecke Johannisberg- u. Johannisfahrtstr., vis-à-vis Johanniskirche.

Willy Grude jr.

Schuhwaren! 98

Billig! Billig!

Herren- u. Damenstiefel, Stiefeletten, Turn-, Strand- u. Kinderschuhe, Pantoffeln, auch aus Konkursmassen stamm. Waren

Nur Neustadt, Schmidtstr. 44.

Billigst

verkaufe

Herren- und Knaben-Anzüge

Sommer-Ueberzieher

Hosen

Herren- u. Damen-Uhren, Ketten Ringe 298

Regulateure

Nähmaschinen.

Adolph Michaelis

Apfelstr. 16, I.

Wenig gebrauchte

Herren- und Damen-Fahrräder

in der Preislage von Mk. 40 bis Mk. 80 sind stets auf Lager.

Neue Fahrräder

in billigster Preislage.

A. Rose

3579 **Breiteweg 264.**

Gewissenhafte Ausführung von Fahrrad-Reparaturen aller Art zu billigsten Preisen.